

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 12.

Cöln, den 22. März 1907.

VIII. Jahrgang.

Zwei Zahlen.

Die Gestaltung des Arbeitsvertrages ist eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft. Von derselben hängt nicht nur ein mehr oder weniger behäbiges Dasein des Einzelnen ab, sondern auch das Gelingen der Kulturmission, welche die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Im Arbeitsvertrage aber sind es wiederum zwei Dinge, welche vor allem den mehr oder weniger erfolgten Aufstieg der Arbeiterklasse erkennen lassen: die Höhe des Lohnes und die Gestaltung der Arbeitszeit.

Unser Zeitalter mit seiner gewaltigen Steigerung der Produktion, der ungeahnten Anwendung von Maschinen und den tagtäglich verbesserten Arbeitsmethoden, stellt an den modernen Lohnsklaven ganz andere Anforderungen, wie frühere Zeiten an den von seiner Hände Arbeit Lebenden. Sein Verhältnis zu seiner Mitmenschen hat sich ebenfalls anders gestaltet und Gesetzgebung sowie ein klares Urteil vorurteilslos Denkender erheben auch Lohnarbeiter von heute zu einem gleich- und vollberechtigten Gliede staatlicher und gesellschaftlicher Organisation. Die gesellschaftliche Nebenbürtigkeit soll ein Ende haben.

Hier liegt eine Klust, die noch zu überbrücken ist. Wenn das Ziel, die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten keine Phrase bleiben soll, dann gilt es vor allem, den Arbeiter auch so zu stellen, daß seine Verhältnisse dieses ermöglichen. Der Arbeitsvertrag muß eben so geschaffen sein, daß er als Grundlage für alles andere dienen kann.

Die Teilnahme des Arbeiters an der durch die industrielle Entwicklung erhöhten materiellen Kultur, auf die er auf Grund seiner Tätigkeit einen größeren Anspruch erheben kann, muß in erster Linie im Arbeitsvertrage Berücksichtigung finden. Auf sie baut sich die geistige Kultur, die Pflege des Wahren, Sittlichen und Schönen und dessen Erkennen auf.

Unser „Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands“ kann mit größter Befriedigung auf das von ihm im Jahre 1906 nach dieser Seite geleistete zurückblicken. Durch die von ihm geführten Lohnbewegungen in genanntem Jahre war es möglich, daß für die beteiligten Kollegen eine

Lohnerhöhung von 434 746 Mark

erzielt wurde. Diese Ziffer dürfte sich jedoch noch bedeutend erhöhen, da über die Lohnerhöhungen, welche sich als indirekte Begleitererscheinung der Lohnbewegungen zeigen, kein genaues Bild zu erlangen ist. Immerhin aber läßt die gegebene Zahl erkennen, welchen großen Wert die Organisation für die Arbeiterklasse hat. Für manchen der ihr Angehörigen bedeuten die erfolgten Lohnerhöhungen, die Anfänge der Erhebung aus dem materiellen Elend.

In welchem Maße ist die Lohnerhöhungen die einzelnen Kollegen treffen, läßt sich aus folgendem erkennen: In Köln wurde durch die Organisation in diesem Jahre ein korporativer Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen, der auf drei Jahre Gültigkeit hat und den Kollegen im ersten Jahre eine Lohnerhöhung von zwei Pfg., im zweiten Jahre wiederum eine solche und im dritten Jahre eine Lohnerhöhung von einem Pfg. pro Stunde sichert. Rechnet man das Jahr zu 300 Arbeitstagen und den Tag zu 9 Arbeitsstunden, so ergibt sich, daß durch das Vorhandensein der Organisation und den durch diese geschlossenen Vertragsabschluss den beteiligten Kollegen in den drei Jahren der Vertragsdauer ein Mehrlohn von 207 Mark gesichert wird. Die Lohnerhöhungen, selbst wenn es sich nur um einige Pfennige handelt, dieselben aber stetig erfolgen, bedeuten somit für den einzelnen Kollegen schon einen beträchtlichen Gewinn. Die im Vorjahre vom Zentralverbande christlicher Holzarbeiter erzielten Lohnerhöhungen aber, bedeuten für einen nicht allzu großen Kreis von Berufsangehörigen eine ökonomische Besserstellung von rund einer halben Million Mark. So gelang es wenigstens in etwa den Kollegen einen größeren Gewinn aus den Erträgen der Produktion, an denen sie mitgewirkt, zu hern.

Diese gegebene Zahl ist nicht vollständig, um erkennen zu lassen, in welcher Weise die erhöhte Teilnahme der Kollegen an den Kulturwerten vor sich geht. Das Freisein von Berufsarbeit und die dadurch erfolgte größere Eingabe in alles, was den Menschen beglücken kann, darf nicht vergessen werden. Neben der erzielten Lohnerhöhung gelang

es dem Verbands im Jahre 1906 durch die geführten Bewegungen und Kämpfe eine

Arbeitszeitverkürzung von 478 880 Stunden

für die beteiligten Kollegen durchzusetzen. Der ökonomischen Besserstellung folgt so die physische Erholung. Dem vorzeitigen Verbrauch der Nervenkraft wird dadurch vorgebeugt, die Lebensdauer und Arbeitsfähigkeit verlängert. Das, was dem Arbeiterstande nützt, die Befreiung aus geistiger Rückständigkeit, rückt hierdurch immer mehr dem Gelingen näher. Das Familienleben, die Grundlage des gesellschaftlichen Organismus wird dadurch gefestigt und die unedlen Leidenschaften abgearbeiteter und denkmfähiger Arbeiterklaven werden gebannt. Mehr und mehr öffnen sich auch für den einstmaligen und auch heute noch so oft verkannten Arbeiterstand, die Tore des Wahren und Schönen.

Das Freisein von Berufsarbeit gibt dem Arbeiter Gelegenheit zur Fortbildung auf allen Gebieten, es erweitert seinen Gesichtskreis und ist die Vorbedingung zur Befreiung aus der gesellschaftlichen Nebenbürtigkeit.

So wirkt die Organisation einer Klasse, die sich bemühen muß, sich selbst emporzurängen. Und ihr Bemühen ist nicht ohne Erfolg. Je stärker die Organisation, um so näher dem Ziele. Stellen wir daher alle unsere Kraft in der kommenden Zeit in den Dienst unserer Organisation, in den Dienst des von Erfolg zu Erfolg uns führenden

Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

„Das Jena der Phrase“!

Die Suche nach den Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage geht in der sozialdemokratischen Presse und auch anderwärts weiter! Und da ringt sich die Erkenntnis durch: nicht lediglich u. a. die innere Unwahrscheinlichkeit des Erfurter Parteiprogramms hat die Wahlschlappe der Sozialdemokratie verschuldet, sondern ebenso sehr ihre Phrasen-, Kraftmeier- und Wortathleten, die positiven Taten völlig vermissen läßt! Ihm gegenüber sind die Massen doch skeptisch geworden, daher die Wahlflucht so zahlreicher Mitläufer!

Man denke nur ein Jahr zurück, an den sogenannten „roten“ Sonntag (21. Januar)! Mit welchem Aufwande von Phrasen, in deren Meer der Hinweis auf die „glorreiche“ russische Revolution eine Hauptrolle spielte, hat damals der „Vorwärts“ nicht die Hirne der „Genossen“ bearbeitet, welche Hoffnungen nicht bezüglich der Wahlrechtsdemonstration in ihnen gemaht! „Je zahlreichere Massen des Volkes hinter der Sozialdemokratie stehen, desto unübersteiglicher wird unsere Wahlrechtsbewegung. Dann wird die Reaktion andere Seiten aufzusehen, denn wird sie nicht noch wähen, in einem jurächtbaren Blutbade die Forderungen des Volkes erfüllen zu können! Vorderhand sei die Parole: Jeder denkende Arbeiter werde zum Klassenkämpfer, zum Werber für die Sozialdemokratie, für die Organisation des Massenkampfes! Wenn die ganze Arbeiterklasse das eiserne Band der Klassen солидарität umschlingt, werden die Zwangsbürgen des Massenunrechts und der Arbeiternebelung möglich zusammenbrechen!“ so klang der Leitartikel aus, mit dem der „Vorwärts“ (1905, Nr. 17) den „roten“ Sonntag einläutete. Und als die zur höchsten Erwartung gespannten Genossen wäheten, nun muß es aber „los“ gehen, — Jena, Massenstreik! — da wurde von obenher zurückgepfiffen! „Von den eigenen Tribünen herausgeführt“, so leitete bald darauf die anarcho-sozialistische „Einigkeit“ ihre vielbeachteten Enthüllungen ein, die den sozialdemokratischen Volksbereng im innersten durchleuchteten. Solch harter Tabak mußte zu denken geben!

Und ist es in bezug auf die soziale Gesetzgebung, die Verbesserung des Loses des Arbeiterstandes, das Eintreffen des berühmten Zukunftsstaates etwa anders gewesen? Eine Flur von Versprechungen hat die Sozialdemokratie tagaus, tagein dem werktätigen Volke gemacht, eine „Weltenwende“ am 16. Juli 1903 ihm prophezeit; von der Schwelle des Zukunftsstaates können wir nun nicht mehr fern sein, so mußten ihre Wähler damals glauben. Mit Phrasen, die nichts kosteten, hat die Sozialdemokratie ihre Anhänger bis über die Maßen vollgepfropft, sozialpolitische Taten dagegen großmütig und neidlos den bürgerlichen Parteien überlassen. Auf den Rausch ist auch bei den Wählern vom 16. Juli 1903 der Rauer gefolgt.

Drum ein distantes Ende“, so ruft in der sozialistischen „Neuen Gesellschaft“ (Nr. 23) der Genosse Dr. Broß aus, „mit dem Zwiespalt zwischen reformerischer Arbeit und revolutionärer Theorie, dem ewigen Hin- und Herschwanken und dem dadurch bedingten Phrasentum, Phrasenhelentum, das sich immer nur

angroßen revolutionären Worten ohne entsprechende Taten berauscht“!

Als ein „Jena der Phrase“ bezeichnet „Genosse“ Bernhard in der „Welt am Montag“ (Nr. 8) das Wahlergebnis vom 25. Januar auch noch aus anderen Gründen, als ein „Jena“ jener Phrasen und Schlagworte, die ebenso unsozialistisch wie unmarginalistisch seien. Als Beispiel hierfür nimmt Bernhard dann den Parteiobersten August Bebel und das Berliner Zentralorgan für organisierten Streikbruch, den „Vorwärts“, dort (Nr. 9) bei den Ehren.

Von ersterem meint er, wenn man überhaupt davon sprechen wolle, daß irgend eine Persönlichkeit Holz zu den Knäpeln geliefert habe, die den sozialdemokratischen Agitatoren zwischen die Beine geworfen würden, so müsse man in erster Linie August Bebel nennen, der der Sozialdemokratie mit seinem Schlagwort vom „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ eine harte Maß zu machen geliefert habe. Diese Aeußerung verstoße deswegen gegen Marx und Engels Lehren, da die bürgerliche Gesellschaft historisch doch völlig berechtigt sei und von ihr auch der orthodoxeste Marxist nicht behaupten wolle, daß ihr Sündenklein schon geschlagen habe. Solche Schlagworte wie das vom „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ seien Verstöße gegen die eigenen Lehren, und die Sozialdemokratie habe es wahrhaftig nötig, dadurch die Erfolgsfolge einer Bewegung zu riskieren, die ihr die Verantwortung von Hunderttausenden von Menschenleben aufbürde.

Als typisches Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie mit der Phrasenkeule um sich herumschlägt, wird dann weiter der „Vorwärts“ angeführt. Ihm wächt Bernhard wie folgt den Kopf:

Am Tage vor der Wahl bezeichnete der „Vorwärts“ den Wahltag als den Tag des Volksgerichts. Nachdem sich herausstellte, daß das Wahlergebnis für uns ungünstig ausgefallen war, da war es plötzlich kein Volksgericht mehr gewesen, sondern ein Vöbelersgericht. Wenn am Abend die Arbeiterschaft auf den Straßen gegen das Wahlergebnis demonstriert hätte, so wäre das ein „erhebendes Aufstöhnen der empöerten Volksseele“ gewesen. Da nun aber das Bürgertum sich seines Sieges freute, wozu es vom demokratischen Standpunkte aus ja ein Recht hat, da war es janatschierter Mob. Das solche Kampfmethode nicht etwa bloß das Bürgertum, sondern auch den Teil der Arbeitermassen, der gerecht denkt, von uns abstoßen muß, kann doch wohl kaum bestritten werden. So behandelt man eben persönliche Feinde, aber nicht politische Gegner. Leider kommen ja unsere konsequenteren Marxisten jetzt auch dazu, nicht nur die politischen Gegner, sondern sogar andersdenkende Parteigenossen als ihre persönlichen Feinde zu betrachten, als Leute, die aus egoistischen Motiven handeln und die von der wahren Heilslehre des Marxismus nichts verstehen. Deshalb? Weil von diesen der Marxismus nicht aus den Phrasenflüssen getrunken wird, die in der wässrigen Umgegend von Berlin gefüllt, verfort, verpflegt und etikettiert werden“!

Nach die Ueberspannung des Begriffs der Internationalität bedeute einen Verstoß gegen das Prinzip der marxistischen Lehre. Internationalismus gehöre nicht zum Prinzip des Marxismus!

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, darzulegen, wie weit der „Genosse“ Bernhard in seiner Polemik mit der Argumentation aus den Lehren des Marxismus recht hat. Das mögen die Angegriffenen selbst befragen! Aber es zeigt sich speziell wieder an dem Beispiel des „Vorwärts“, mit welcher heuchlerischen Weise von ihm gemessen wird, wie ganz dasselbe, was er am Freunde für lebenswert, gut und selbstverständlich findet, beim Gegner, nicht bloß dem persönlichen, sondern auch dem politischen, tadelt, beschimpft, verhöhnt. Und das vielfach lediglich deswegen, um mit der Phrase auf seine Leser einwirken zu können. Bei der übrigen sozialdemokratischen Presse steht es damit nicht viel besser, am wenigsten bei der „Leipziger Volkszeitung“!

Das „Jena der Phrase“, das in der oben kurz ange deuteten dreifachen Weise bei den Wahlen ohne Zweifel für die Sozialdemokratie sich ergeben hat, läuft auf nichts anderes hinaus, als auf den Bankrott des zwiespältigen Verhaltens von Theorie und Praxis bei der Sozialdemokratie, das sich nicht im geringsten auch im inneren Leben der Partei in ewiger Zank und Stank äußert. Und so gerät man bei der Betrachtung der Waktursachen immer wieder zu einem geschlossenen Kreis von Gründen, die im innersten Wesen des sozialdemokratischen Parteiprogramms enthalten sind.

Nur eine Aenderung dieses sowie ihrer Taktik bringt die Partei aus ihrer heutigen Misere heraus! Bis sie sich dazu entschließt, scheint sie noch ganz andere Schläge erhalten zu müssen! Am besten aber ist es, Regierung und Parteien sorgen durch eine gute Sozialpolitik dafür, daß die Sozialdemokratie dieser Aufgabe überhaupt entgehen wird.



Gewerkschaftliches

Der Vorstand des soj. Holzarbeiterverbandes wendet sich in Nr. 10 der Holzarbeiter-Zeitung „an die Mitglieber“, um dieselben zu bewegen, zur Abwehr der vom Arbeitgeberverband gegen den soj. Holzarbeiterverband gerichteten Maßnahmen eine erhöhte Opferwilligkeit zu bekunden. Er weist darauf hin, daß aus den Kreisen der Mitglieder fortgesetzt Anregungen beim Hauptvorstand einfließen, damit dieser, um die durch eine eventl. Leerung der Kasse eintretende Aktionsunfähigkeit des Verbandes vorzubeugen, einen allgemeinen Extrabeitrag auszusprechen möge. Diese Befürchtungen, so wird erklärt, seien vorläufig keineswegs begründet. Die Leistungsfähigkeit des Verbandes sei so groß, wie nie zuvor. Wenn trotzdem eine Reihe Zahlstellen aus eigener Initiative zur Erhebung eines Extrabeitrages geschritten seien, so gebe dieses ein Zeugnis für die anzureisende Opferwilligkeit. So entrichteten heute die in Berlin in Arbeit stehenden Mitglieder des Verbandes einen wöchentlichen Beitrag von 1,90 Mk. Die Zahlstelle Kiel habe den Beitrag auf 1,75 Mk. erhöht, die Zahlstelle Hamburg-Altona auf 1,20 Mk. In den Zahlstellen Leipzig, Blankenese und Fürstenwalde würde z. B. ein wöchentlicher Beitrag von 1 Mk. erhoben; in Hamm ein solcher von 0,80 Mk. Der Hauptvorstand erklärt dann:

Diese Beispiele von dankenswerter Opferwilligkeit haben den Verbandsvorstand in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften mit dazu geführt, von der geforderten Ausschreibung obligatorischer Extrabeiträge für alle Mitglieder Abstand zu nehmen. Nichtmehr beschränken wir uns darauf, den Zahlstellen zu empfehlen, den guten Beispielen von Berlin, Kiel, Berg, Hamburg, Leipzig, Blankenese, Fürstenwalde, Hamm und anderen ahnlich zu folgen. Viele Einrichtungen an die „Holzarbeiter-Zeitung“ und an den Vorstand haben die bestimmte Ansicht ausgesprochen, daß die Mitglieder wohl ausnahmslos sich verpflichtet halten und deshalb auch mit Freuden bereit sein werden, auf mindestens 25 Wochen einen Beitrag von 20 bis 50 Pfg. wöchentlich, je nach Leistungsfähigkeit, zu entrichten. Nun wohl, es mögen die Mitglieder in ihren Zahlstellenversammlungen entsprechende Beschlüsse fassen. Würden alle Zahlstellen sich dazu entschließen, mit den nächsten beiden Abrechnungen nur je 2 bis 3 Mk. pro Mitglied und Quartal, sei es durch vorübergehende Erhöhung des Sozialbeitrages, oder durch Extrabeiträge, oder auch aus den vorhandenen Mitteln der Sozialkasse, an die Hauptkasse freiwillig einzubringen, so würde eine solche Entschließung ihren Einbruch auf die Kassen des Arbeitgeberverbandes sicherlich nicht verzerren.

Nach alledem ist es wohl verfehlt, anzunehmen, daß der soj. Verband unter den vom Arbeitgeberverband vorgeschlagenen Bedingungen in Berlin Frieden schließt. (Siehe auch unter Lohnbewegungen.)

Ein Großindustrieller für die Gewerkschaften. In „Sozialwissenschaftlichen Verein“ zu Nürnberg hielt kürzlich der Herr einer dortigen großen Bleichfabrik, Schwanhäuter, einen Vortrag, der uns so bemerkenswert ist, als Herr Schwanhäuter die von den meisten unserer Großindustriellen gegangenen Bahnen für verfehlt hält.

Daß sich in Deutschland die Sozialkämpfe und insbesondere die Ausparrungen immer mehr verschärfen und an Umfang zunehmen, sei im allgemeinen kaum zu bezweifeln, daß in Deutschland in den Kreisen der Großindustriellen immer noch zu kurz der feudale Geist haue und in den Fabriken des nördlichen Englands vorherrschend sei; ferner, daß die deutschen Unternehmer zum größten Teil auf dem feiner Ueberzeugung nach ganz falschen Standpunkt stehen, Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen anzuerkennen. Der „soziale Friede“ auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft sei nur möglich bei vollständiger Anerkennung der Arbeiterorganisationen; das Gegenteil sei falsch und unabweisbar (für den Sozialisten) sogar gefährlich. Dieses verfehlt und unbegründet sei, wenn die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen sich auf den Standpunkt stellen, der „eigene Herr im Hause“ bleiben zu wollen, denn in vielen großen Betrieben könne bei der heutigen Entwicklung der Großindustrie, bei dem Ueberhandnehmen der die Partei und sogar den Umfang der Produktion beherrschenden Kartelle und Syndikate vom „Herr sein im eigenen Hause“ ohne dies nicht mehr die Rede sein. Und überdies beschränke sich das Streben der Arbeiterorganisationen nur auf das Arbeitsvertragsrecht inbezug auf Arbeitszeit, Lohn und dergleichen, ferner, an denen die Arbeiter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft anwesend seien, während aber in der Hauptsache und anderen Dingen der Unternehmer sich wie vor der „Herr im Hause“ verhalten. — Neben der Erziehung der deutschen Unternehmer zu sozialer Praxis müsse Hand in Hand gehen die Erziehung der Arbeiter, die auf Befreiung der sozialen Beziehungen in den Betrieben zielt nicht ohne Erfolg sein. Die Schuld an der Verschärfung der sozialen Kämpfe in Deutschland liegt nicht beim Arbeiter, sondern bei der Unternehmung. Der Sozialist sollte nicht ohne Grund sagen, daß die Schuld liegt mehr auf Seiten der Unternehmer. Ferner müßte er zu seinem Behaupten hinzufügen, daß die Arbeiterführer bei Ueberhandnehmen der Kartelle und Syndikate nicht mehr so glücklich seien, als manche Unternehmer. Dieser die Sozialisten sagte der Großindustrielle, daß seine Partei mit unangenehmen Beschlüssen. Allerdings seien sie für die Unternehmer bei einem Ueberhandnehmen in ihrer Funktion glücklicher als die Organisten, aber nur bei einem Ueberhandnehmen es zu vermeiden über, wenn er auf die Sozialisten nicht eine gewisse Beschränkung herabläßt. Zum Schluß gab der Nürnberger Großindustrielle der folgenden Antwort, daß die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen immer mehr zu demselben Standpunkt kommen.

Protest aus der Rheinpfalz. Der Artikel „Rechenhaft“ in Nr. 9 unseres Organs befaßte sich auch mit dem Berichte, den der auf kürzere Zeit vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften in der Pfalz angestellte Kollege Erting über seine Tätigkeit und die gesammelten Erfahrungen erstattet hat. Beigefügt war den Erting'schen Ausführungen als Kuriosum, daß es dem in Neustadt a. S. bestehenden kath. Arbeitersekretariat nicht gelungen sei, auch nur eine Zahlstelle einer christl. Gewerkschaft am Orte zu gründen, noch seinen eigenen Sekretär gewerkschaftlich zu organisieren. Der Arbeitersekretär, Berngott will dieses nun nicht gelten lassen und sendet uns folgendes Schreiben:

Neustadt a. S., den 9. März 1907.

Berechtigter Redaktion!

Gestatten Sie einem im „Deutschen Holzarbeiter“, dem Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Angegriffenen folgende Erwiderung:

In dem Artikel „Rechenhaft“ in Nr. 9 vom 1. März wird u. a. die kurze Tätigkeit des Sekretärs der Bayer. Rheinpfalz — gemeint ist das Gewerkschaftssekretariat in Kaiserslautern, dessen Sekretär Herr Erting war, — besprochen. Es liegt mir nun fern, an diesem Berichte Kritik zu üben, z. B. zu berichtigen, durch dessen Tätigkeit die 1000 Mitglieder in St. Ingbert zu verzeichnen sind, ob durch den ehemaligen Gewerkschaftssekretär in Kaiserslautern oder durch die St. Johannes Gewerkschaftssekretäre. Mir obliegt die Pflicht im Interesse des Ansehens des kath. Arbeitersekretariats, dessen Sekretär ich bin, folgendes zu konstatieren: Am 1. März 1905 kam das kath. Arbeitersekretariat, als neugegründet, nach Neustadt a. S. an. Ein kath. Arbeiterverein war nicht vorhanden, auch nicht eine einzige Zahlstelle einer christl. Gewerkschaft. Wohl waren aber in diesem Blatte erwähnten freien Gewerkschaften vorhanden und die hier nicht erwähnten Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. Bei letzteren war der kurz vor meiner Hieherkunft verstorbenen kath. Arbeitervereins ein Schneider seinem Verze nach — der Bertramsmann, der die meisten organisationsfähigen nicht sozialdemokratischen Arbeiter den Hirsch-Duncker'schen zuführte. Mit diesen geradezu fruchtigen Verhältnissen mußte ich rechnen bei meiner Hieherkunft. 1/4 Jahr dauerte es, bis ich in der nicht zu großen „Pforte der Pfalz“ 15 kath. Arbeiter zur Gründung eines Arbeitervereins gewann. Diese Gründung gelang und nachdem ein Duzend Metallarbeiter in dem damals etwa 5 Duzend Mann starken Arbeiterverein waren, betraf ich sie zu einer Befprechung, referierte über die Bedeutung der christl. Gewerkschaften und es gelang mir von den erschienenen 10 Mann 8 der Nachbarzahlstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes zuzuführen. Die Restlichen Metallarbeiter bildeten bald in dieser Zahlstelle die Mehrheit, so daß die Zahlstelle Maßbach am 1. Jan. sich in eine solche Neustadt a. S. -Zahlstelle umwandelte. Auch dieser Zahlstelle besteht auch eine Obmannschaft des vor Jahren von mir in der Pfalz eingeführten Bayer. Eisenbahnerverbandes, dem so manche unserer kath. Vereinsmitglieder hier angehören, ferner eine kleine Obmannschaft des Bayer. Post- und Telegraphen-Bediensteten-Personals, die leider noch nicht den Anschluß an den Gesamtverband gefunden hat. Gar manchenmal versuchte ich es sogar mit den vorhandenen 5 bis 6 Holzarbeitern. Gerade der jüngere Kaiserlauterner Gewerkschaftssekretär konnte hier so wenig anrichten, wie ich. Drei aktive Mitglieder des christl. Verbandes und ich besprachen im Sekretariat recht lange die Angelegenheit, die Sache gelang nicht. Wir müssen eben mit den hier vorhandenen bereits erwähnten fruchtigen Zahlen rechnen. Dazu kommt noch, daß gerade die nicht sozialdemokratischen zahlreichen Kaiserlichen Arbeiter und Arbeitervereine angehören und da von unseren Bestrebungen zu abhängig, auch schwer für die Organisation zu haben sind. (Widerholt ist die kleine Zahlstelle der sozialdemokratischen Arbeitervereine.) Daß das Sekretariat bereits Zählung nahm wegen Dankenswerter-Organisation und anderer, sei hier nur nebenbei bemerkt. Ich bin für die Gewerkschaften hier, was man unter so unrichtigen Verhältnissen nur tun kann.

Der deutsche Holzarbeiter bringt weiter als „Kuriosum“ die Ansicht, daß es dem kath. Arbeitersekretariat nicht gelungen sei, seinen eigenen Sekretär gewerkschaftlich zu organisieren“. Dagegen folgendes! Ich war von 1883 bis 1889 Schriftführer, dann Expedient, später als Korrektor und in einer Redaktion tätig. Als Schriftführer war ich organisiert im „Deutschen Buchbinderverband“.

für den ich große Sympathie noch in späteren Jahren hatte, abseinerzeit austrat, weil es mir mit anderen christlich-gesinnung Arbeitern geradezu die Mitarbeit — es war in kaiserlicher Zeit verwehrt wurde. Eine christliche Buchbinderorganisation gab nicht, in der man sich gewerkschaftlich betätigen konnte. Und gab es auch noch lange Zeit danach nicht, deshalb schloß ich mich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband an, und dies geschah, ehe der Gutenbergbund offiziell als laienfreie Organisation den pflichtgesinneten Buchbindern warm empfohlen wurde. Möge man sich bei Herrn Schober Vorsitzender des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Neustadt a. S. -Maßbach über meine Mitgliedschaft erkundigen.

Ich warne, als Freund und Mitglied der christlichen Gewerkschaften, unser kath. Arbeitersekretariat ungerecht angegriffen. Ich protestiere, daß man mich als Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften, der auch seit zwei Jahren mit den „Fachabteilungen“ ständig im Abwehrkampf liegt und jederzeit den christl. Gewerkschaften ein eifriger Mitarbeiter und Förderer gewesen ist, öffentlich anruft. Gerade eben, wo ich alle Hände voll zu tun habe, um die kath. Arbeitervereine der Pfalz zum Abwehrkampf gegen die Einfälle der „Berliner aus Saarabien zu veranlassen, hätte ich gewünscht, daß der Artikel des christl. Holzarbeiter-Verbands-Organs unser Arbeitersekretariat und mich, nicht in einer solchen Weise verunglimpft. Ich kenne den Autor. Die Abrechnung mit ihm kommt. Jetzt ist die Zeit zu kostbar. Arbeitersekretär R. Berngott.

Für das in Nr. 9 Enthaltene, trägt mir die Redaktion die Verantwortung. Herr Berngott ist best. seiner Vermutungen nach der Autorschaft vollständig auf falscher Fährte ebenso auch wenn er glaubt, daß seine Ausführungen ihn den Augen der christl. Gewerkschaftler nunmehr als die vollfolgte Unschuld erscheinen lassen. Wir freuen uns aber, daß unsere Kritik seinen Widerspruch hervorgerufen hat. Zuversichtlich ist zu hoffen, daß das nun doch gegebene gute Beispiel des Herrn Berngott namentlich in seinen Kollegenkreisen Nachahmung findet und das erste Jahr der gewonnenen Mitgliedschaft, die christl. Gewerkschaften in der Pfalz durch stetige Zunahme der Mitgliederzahl begleitet.

Soziale Rundschau.

Geplünderte Tischlerinnungskassette. In den Räumen der Tischlerinnungskassette zu Berlin, Schmöckerstraße 15, wurde ein Einbruch verübt und fielen den Dieben 17 000 Mk. in die Finger. — Es würde gar nicht wunder nehmen, wenn die Herren vom Arbeitgeber-Schutzverband der deutschen Tischlermeister“ auf den Gedanken kommen würden, daß dieser Einbruch von ausgesperrten Tischlern lediglich zu dem Zwecke unternommen wäre, um die Kasse des sozialdem. Holzarbeiterverbandes zu füllen. Die „Fazetteitung“ rechnet ja recht stark damit, daß letzterer Einbruch in der Kasse habe.

Aus dem gewerblichen Leben.

Bereinigung der Holzdrehswaren-Fabriken. Die Gründung einer Vereinigung deutscher Holzdrehswaren-Fabriken ist Blätternachrichten zufolge im Prinzip beschlossen. Angeht sich wird beabsichtigt, den Vertrieb der Waren einem gemeinsamen Verkaufsbüro zu übertragen. Die Holzdrehswaren-Fabriken stellen in der Hauptsache Stapelartikel her, wie Tischfüße, Bettfüße, Schrank- und Sofafüße, Wank-, Schrank- und andere gedrehte Säulen, sowie Treppenträuer. Gerade in dieser Branche eine Schmutzkonkurrenz anzutreffen ist, wie sie größer kaum sein kann, dürften die Arbeiter nicht sein, welche die Bildung einer derartigen Vereinigung bedauern.

Briefkasten.

Berichte aus Beverungen, Cleve, Lünen, Gildhausen, Schweinfurt und Ahlen mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Das Reich

Wochenschrift des Reichs-Verlagsanstalt für soziale Reformen. Preis pro Heft 2,50 Mk., monatlich 85 Pfg., bei freier Zustellung des Heftes monatlich 72 Pfg., monatlich 24 Pfg. mehr. „Das Reich“ ist daher die billigste Wochenschrift, die sich zu beziehen ist. Eigener Ferndrucker, ohne Spezialbestellung. Probehefte gratis. Bestellungen an den Reichs-Verlagsanstalt, Berlin NW 41, Johannstraße 6.

Eisler-Fachschule, Leipzig (Ehemalig Konzeptionsische Lehranstalt) Lehrmeister, Zeichner, Meister, Lehrkräfte, erfolgreiche Lehrmethode. — Programm frei von Dir. G. Eisler, Holzgasse 16.

Daals (Holland). Sonntag, den 17. März, abends 7 Uhr Gemeinsame Versammlung der christlichen Gewerkschaften und konfessioneller Arbeitervereine. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. Vorsitz: Einigkeit, Milder und Pecher. Folgen lauter und gut launende Besprechung. — Programm frei von Dir. G. Eisler, Holzgasse 16. Redaktion.

„Neues Münchener Tagblatt“ Welt verbreitete katholische Tageszeitung in Bayer. Bezirk entschieden die Interessen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Bezugspreis monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 1,90 Mk. mit Versicherung bei Todesfall und Ganz-Unfallität. Folge Unfalls mit 1000 Mk., Ehegatten mit 2000 Mk.

Einige tüchtige Vorstanzurichter für dauernde Arbeit gesucht. G. S. Ziller, Pinsel- und Bürstenfabrik, Neustadt a. S. (Rheinpfalz).

Drechsler, welche auf Schirm- und Stielgriffe eingearbeitet sind, halten sofort dauernde Stellung bei hohem Lohn. Bedeutende Galalith-Fabrik, Silber u. Düsseldorf. Tüchtige Möbelschreiner werden nach Zürich (Schweiz) gesucht. Auskunft erteilt das christliche Arbeitersekretariat Zürich III, No. 11, Poststraße 60. Suche per sofort oder später tüchtige, selbständige Bildhauer (Dekorativ) für Kirchenarbeit. 3 wöchentliche Arbeit, hoher Lohn. Bildhauer, Gasse 63.

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefontarif 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 12.

Cöln, den 22. März 1907.

VIII. Jahrgang.

Zwei Zahlen.

Die Gestaltung des Arbeitsvertrages ist eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft. Von derselben hängt nicht nur ein mehr oder weniger behäbiges Dasein des Einzelnen ab, sondern auch das Gelingen der Kulturmission, welche die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Im Arbeitsvertrage über sind es wiederum zwei Dinge, welche vor allem den mehr oder weniger erfolgten Aufstieg der Arbeiterklasse erkennen lassen: die Höhe des Lohnes und die Gestaltung der Arbeitszeit.

Unser Zeitalter mit seiner gewaltigen Steigerung der Produktion, der ungeahnten Anwendung von Maschinen und den tagtäglich verbesserten Arbeitsmethoden, stellt an den modernen Lohnsklaven ganz andere Anforderungen, wie frühere Zeiten an den von seiner Hände Arbeit lebenden. Sein Verhältnis zu seinen Mitmenschen hat sich ebenfalls anders gestaltet und Gesetzgebung sowie ein lares Urteil vorurteilslos Denkender erheben auch Lohnarbeiter von heute zu einem gleich- und vollberechtigten Gliede staatlicher und gesellschaftlicher Organisation. Die gesellschaftliche Unebenbürtigkeit soll ein Ende haben.

Hier liegt eine Kluft, die noch zu überbrücken ist. Wenn das Ziel, die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten keine Phrase bleiben soll, dann gilt es vor allem, den Arbeiter auch so zu stellen, daß seine Verhältnisse dieses ermöglichen. Der Arbeitsvertrag muß eben so geschaffen sein, daß er als Grundlage für alles andere dienen kann.

Die Teilnahme des Arbeiters an der durch die industrielle Entwicklung erhöhten materiellen Kultur, auf die er auf Grund seiner Tätigkeit einen größeren Anspruch erheben kann, muß in erster Linie im Arbeitsvertrage Berücksichtigung finden. Auf sie baut sich die geistige Kultur, die Pflege des Wahren, Sittlichen und Schönen und dessen Erkennen auf.

Unser „Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands“ kann mit größter Befriedigung auf das von ihm im Jahre 1906 nach dieser Seite geleistete zurückblicken. Durch die von ihm geführten Lohnbewegungen in genanntem Jahre war es möglich, daß für die beteiligten Kollegen eine

Lohnerhöhung von 434 746 Mark

zielt wurde. Diese Ziffer dürfte sich jedoch noch bedeutend erhöhen, da über die Lohnerhöhungen, welche sich als indirekte Begleitererscheinung der Lohnbewegungen zeigen, kein genaues Bild zu erlangen ist. Immerhin aber läßt die gegebene Zahl erkennen, welcher großen Wert die Organisation für die Arbeiterklasse hat. Für manchen der Angehörigen bedeuten die erfolgten Lohnerhöhungen, die Anfänge der Erhebung aus dem materiellen Elend, in welchem Maße oft die Lohnerhöhungen die einzelnen Kollegen treffen, läßt sich aus Folgendem erkennen: In Köln wurde durch die Organisation in diesem Jahre ein korporativer Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen, der auf drei Jahre Gültigkeit hat und den Kollegen im ersten Jahre eine Lohnerhöhung von zwei Pfg., im zweiten Jahre wiederum eine solche und im dritten Jahre eine Lohnerhöhung von einem Pfg. pro Stundeichert. Rechnet man das Jahr zu 300 Arbeitstagen und an Tag zu 9 Arbeitsstunden, so ergibt sich, daß durch das Vorhandensein der Organisation und den durch diese getätigten Vertragsabschluss den beteiligten Kollegen in den drei Jahren der Vertragsdauer ein Mehrlohn von 297 Mark gesichert wird. Die Lohnerhöhungen, selbst wenn es sich nur um einige Pfennige handelt, dieselben aber stetig erfolgen, bedeuten somit für den einzelnen Kollegen schon einen beträchtlichen Gewinn. Die im Vorjahre vom Zentralverbande christlicher Holzarbeiter erzielten Lohnerhöhungen aber, bedeuten für einen nicht allzu großen Kreis von Berufsangehörigen eine ökonomische Besserstellung von rund einer halben Million Mark. So gelang es wenigstens etwa den Kollegen einen größeren Gewinn aus den Erträgen der Produktion, an denen sie mitgewirkt, zu holen.

Diese gegebene Zahl ist nicht vollständig, um erkennen lassen, in welcher Weise die erhöhte Teilnahme der Kollegen an den Kulturgütern vor sich geht. Das Freisein von Berufsarbeit und die dadurch erfolgte größere Eingabe alles, was den Menschen beglücken kann, darf nicht vergessen werden. Neben der erzielten Lohnerhöhung gelang

es dem Verbands im Jahre 1906 durch die geführten Bewegungen und Kämpfe eine

Arbeitszeitverkürzung von 478 880 Stunden

für die beteiligten Kollegen durchzusetzen. Der ökonomischen Besserstellung folgt so die physische Erholung. Dem vorzeitigen Verbrauch der Nervenkraft wird dadurch vorgebeugt, die Lebensdauer und Arbeitsfähigkeit verlängert. Das, was dem Arbeiterstande nützt, die Befreiung aus geistiger Missetändigkeit, rückt hierdurch immer mehr dem Gelingen näher. Das Familienleben, die Grundlage des gesellschaftlichen Organismus wird dadurch gefestigt und die unedlen Leidenschaften abgearbeiteter und denkräftiger Arbeitssklaven werden gebannt. Mehr und mehr öffnen sich auch für den einstmaligen und auch heute noch so oft verkannten Arbeiterstand, die Tore des Wahren und Schönen.

Das Freisein von Berufsarbeit gibt dem Arbeiter Gelegenheit zur Fortbildung auf allen Gebieten, es erweitert seinen Gesichtskreis und ist die Vorbedingung zur Befreiung aus der gesellschaftlichen Unebenbürtigkeit.

So wirkt die Organisation einer Klasse, die sich bemühen muß, sich selbst emporzurängen. Und ihr Bemühen ist nicht ohne Erfolg. Je stärker die Organisation, um so näher dem Ziele. Stellen wir daher alle unsere Kraft in der kommenden Zeit in den Dienst unserer Organisation, in den Dienst des von Erfolg zu Erfolg uns führenden

Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

„Das Jena der Phrase“!

Die Suche nach den Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage geht in der sozialdemokratischen Presse und auch anderwärts weiter! Und da ringt sich die Erkenntnis durch: nicht lediglich — a die innere Unwahrscheinlichkeit des Erfurter Parteiprogramms hat die Wahlschlappe der Sozialdemokratie verschuldet, sondern ebenso sehr ihre Phrasen-, Kraftmeier- und Wortathletentum, das positive Laten völlig vermissen läßt! Ihm gegenüber sind die Massen doch skeptisch geworden, daher die Wahlflucht so zahlreicher Mitläufer!

Man denke nur ein Jahr zurück, an den sogenannten „roten“ Sonntag (21. Januar)! Mit welchem Aufwand von Phrasen, in deren Meer der Hinweis auf die „glorreiche“ russische Revolution eine Hauptrolle spielte, hat damals der „Vorwärts“ nicht die Hirne der „Genossen“ bearbeitet, welche Hoffnungen nicht bezüglich der Wahlrechtsdemonstration in ihnen geweckt! „Je zahlreichere Massen des Volkes hinter der Sozialdemokratie stehen, desto unwiderstehlicher wird unsere Wahlrechtsbewegung. Dann wird die Reaktion andere Saiten aufziehen, dann wird sie nicht noch wähen, in einem fürchtbaren Klubbade die Forderungen des Volkes ersticken zu können! Vorderhand sei die Parole: Jeder denkende Arbeiter werde zum Klassenkämpfer, zum Werber für die Sozialdemokratie, für die Organisation des Klassenkampfes! Wenn die ganze Arbeiterklasse das eiserne Band der Klassenolidarität umschlingt, werden die Zwingburgen des Klassenunrechts und der Arbeiternebelung täglich zusammenbrechen!“ so klang der Leitartikel aus, mit dem der „Vorwärts“ (1905, Nr. 17) den „roten“ Sonntag einläutete. Und als die zur höchsten Erwartung gespannten Massen wähten, nun muß es aber „los“ gehen, — Jena, Massenstreik! — da wurde von obenher zurückgepfiffen! „Von den eigenen Tribunen genasführt“, so leitete bald darauf die anarcho-sozialistische „Einigkeit“ ihre vielbeachteten Enthüllungen ein, die den sozialdemokratischen Volksbereng im innersten durchleuchteten. Solch starker Tabak mußte zu denken geben!

Und ist es in bezug auf die soziale Gesetzgebung, die Verbesserung des Loses des Arbeiterstandes, das Eintreffen des berühmten Zukunftsstaates etwa anders gewesen? Eine Flut von Versprechungen hat die Sozialdemokratie tagaus, tagein dem werktätigen Volke gemacht, eine „Weltentwende“ am 16. Juli 1903 ihm prophezeit; von der Schwelle des Zukunftsstaates können wir nun nicht mehr fern sein, so wähten ihre Wähler damals glauben. Mit Phrasen, die nichts kosteten, hat die Sozialdemokratie ihre Anhänger bis über die Rippen vollgepfropft, sozialpolitische Laten dagegen großmütig und neidlos den bürgerlichen Parteien überlassen. Auf den Rausch ist auch bei den Wählern vom 16. Juli 1903 der Raser gefolgt.

Dram ein definitives Ende“, so ruft in der sozialistischen „Neuen Gesellschaft“ (Nr. 23) der Genosse Dr. Broß aus, „mit dem Zwiespalt zwischen reformerischer Arbeit und revolutionärer Theorie, dem ewigen Hin- und Herschwanzen und dem dadurch bedingten Phrasentum, Phrasenheldentum, das sich immer nur

angroßenrevolutionären Worten ohne entsprechende Taten berauscht“!

Als ein „Jena der Phrase“ bezeichnet „Genosse“ Bernhard in der „Welt am Montag“ (Nr. 8) das Wahlergebnis vom 25. Januar auch noch aus anderen Gründen, als ein „Jena“ jener Phrasen und Schlagworte, die ebenso unsozialistisch wie unmarxistisch seien. Als Beispiel hierfür nimmt Bernhard dann den Parteiobersten August Bebel und das Berliner Zentralorgan für organisierten Streikbruch, den „Vorwärts“, dort (Nr. 9) bei den Ohren.

Von ersterem meint er, wenn man überhaupt davon sprechen wolle, daß irgend eine Persönlichkeit Holz zu den Knäpeln geliefert habe, die den sozialdemokratischen Agitatoren zwischen die Beine geworfen würden, so müsse man in erster Linie August Bebel nennen, der der Sozialdemokratie mit seinem Schlagwort vom „Todsfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ eine harte Nuß zu knacken geliefert habe. Diese Äußerung verstoße deswegen gegen Marx und Engels Lehren, da die bürgerliche Gesellschaft historisch doch völlig berechtigt sei und von ihr auch der orthodoxeste Marxist nicht behaupten wolle, daß ihr Sündenlein schon geschlagen habe. Solche Schlagworte wie das vom „Todsfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ seien Verstöße gegen die eigenen Lehren, und die Sozialdemokratie habe es wahrhaftig nicht nötig, dadurch die Erlöse einer Bewegung zu riskieren, die ihr die Verantwortung von Hunderttausenden von Menschen schicksalen aufbürde.

Als typisches Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie mit der Phrasenkeule um sich herumschlägt, wird dann weiter der „Vorwärts“ angeführt. Ihm wäht Bernhard wie folgt den Kopf:

Am Tage vor der Wahl bezeichnete der „Vorwärts“ den Wahltag als den Tag des Volksgerichts. Nachdem sich herausstellte, daß das Wahlergebnis für uns ungünstig ausgefallen war, da war es plötzlich kein Volksgericht mehr gewesen, sondern ein Räubergericht. Wenn am Abend die Arbeiterhaft auf den Straßen gegen das Wahlergebnis demonstriert hätte, so wäre das ein „erhebendes Aufstören der empörten Volksseele“ gewesen. Da nun aber das Bürgertum sich seines Sieges freute, wozu es vom demokratischen Standpunkte aus ja ein Recht hat, da war es fanatischer Mob. Das solche Kampfmethode nicht etwa bloß das Bürgertum, sondern auch den Teil der Arbeitermassen, der gerecht denkt, von uns abstoßen muß, kann doch wohl kaum bestritten werden. So behandelt man eben persönliche Feinde, aber nicht politische Gegner. Leider kommen ja unsere konsequenten Marxisten jetzt auch dazu, nicht nur die politischen Gegner, sondern sogar andersdenkende Parteigenossen als ihre persönlichen Feinde zu betrachten, als Leute, die aus egoistischen Motiven handeln und die von der wahren Heilslehre des Marxismus nichts verstehen. Weßhalb? Weil von diesen der Marxismus nicht aus den Phrasenflaschen getrunken wird, die in der westlichen Umgebung von Berlin gefüllt, verfort, versiegelt und etikettiert werden.“

Auch die Ueberspannung des Begriffs der Internationalität bedeute einen Verstoß gegen das Prinzip der marxistischen Lehre. Internationalismus gehöre nicht zum Prinzip des Marxismus!

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, darzulegen, wie weit der „Genosse“ Bernhard in seiner Polemik mit der Argumentation aus den Lehren des Marxismus recht hat. Das mögen die Angegriffenen selbst besorgen! Aber es zeigt sich speziell wieder an dem Beispiel des „Vorwärts“, mit welcher heuchlerischen Maße von ihm gemessen wird, wie ganz dasselbe, was er am Freunde für lobenswert, gut und selbstverständlich findet, beim Gegner, nicht bloß dem persönlichen, sondern auch dem politischen, tadelt, beschimpft, verhöhnt. Und das vielfach lediglich deswegen, um mit der Phrase auf seine Leser einwirken zu können. Bei der übrigen sozialdemokratischen Presse steht es damit nicht viel besser, am wenigsten bei der „Leipziger Volkszeitung“!

Das „Jena der Phrase“, das in der oben kurz ange deuteten dreifachen Weise bei den Wahlen ohne Zweifel für die Sozialdemokratie sich ergeben hat, läuft auf nichts anderes hinaus, als auf den Bankrott des zwiespältigen Verhaltens von Theorie und Praxis bei der Sozialdemokratie, das sich nicht im geringsten auch im inneren Leben der Partei in ewigem Zank und Stank äußert. Und so gerät man bei der Betrachtung der Wahlursachen immer wieder zu einem geschlossenen Kreis von Gründen, die im innersten Wesen des sozialdemokratischen Parteiprogramms enthalten sind.

Nur eine Aenderung dieses sowie ihrer Taktik bringt die Partei aus ihrer heutigen Misere heraus! Bis sie sich dazu entschließt, scheint sie noch ganz andere Schläge erhalten zu müssen! Am besten aber ist es, Regierung und Parteien sorgen durch eine gute Sozialpolitik dafür, daß die Sozialdemokratie dieser Aufgabe überhaupt entgehen wird.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. März 1907 fällig ist.

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal 1907 gelangen mit der dieswöchentlichen Zeitungsnummer zum Versandt. Sämtliche Kassierer, insbesondere die neugewählten, verweisen wir ausdrücklich auf die in den „Anweisungen für die Ortsverwaltungen“, Seite 87, enthaltenen dieswöchentlichen Bestimmungen.

Mit Rücksicht auf die neugegründeten Zahlstellen und auf die immer noch hier und da vorkommenden Unregelmäßigkeiten ist nachstehendes genau zu beachten: Diejenigen Beiträge und Aufnahmemarken, welche mit der dieswöchentlichen Zeitungsnummer oder später den Ortsverwaltungen zugehen, kommen erst für das 2. Quartal 1907 zur Berechnung.

Etwa noch vorhandene alte Markenbestände sind mit den Formularen an die Geschäftsstelle einzusenden. Für die vom Anteil der Hauptkasse in Abzug gebrachten Ausgaben sind stets Belege beizugeben mit Ausnahme der Belege für die Arbeitslosen-Unterstützung, welche bekanntlich allwöchentlich an die Hauptkasse einzusenden sind. Unter Einnahmen der Lokalkasse sind „Anteil der Lokalkasse“ und „Lokalbeitrag“ stets getrennt zu buchen, wie der Vorord auch deutlich anzeigt. Die gewissenhafte Angabe der Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals ist unbedingt erforderlich. Die Angaben über die Mitgliederbewegung müssen genau den auf Formular B. gemachten Angaben entsprechen. Neben den Unterschriften des Vorsitzenden und Kassierers hat nach vorangegangener ordnungsmäßiger Revision der Kasse und Belege auch die Unterschrift der beiden Revisoren zu erfolgen.

Für die vor einigen Wochen den Ortsverwaltungen zugegangene Tarifbrochure sind 1,50 Mk. in Einnahme der Hauptkasse und Ausgabe der Lokalkasse gestellt worden. Sonstige im Laufe des Quartals bezogene Broschüren stehen in ihrer Gesamtsumme unter obiger Summe gebucht. Die angelegten Summen sind mit zu verrechnen und einzusenden.

Für jede verkaufte Aufnahmemarkte ist der volle Erlös als 50 Pfg. bzw. 25 Pfg. an die Hauptkasse abzuliefern. Für jede verkaufte Beitragsmarkte à 50 Pfg. sind 45 Pfg. an die Hauptkasse abzuliefern. Von den weiblichen Beitragsmarkten à 25 Pfg. beträgt der Anteil der Hauptkasse 22 Pfg. Endtermin der Einzahlung der Abrechnung ist der 15. April 1907. Sofort müssen daher die Ortsverwaltungen die Abrechnungsarbeiten erledigen und Selbstbeitrag sowie Abrechnungsformular an ein und demselben Tage an die Hauptkasse einsenden. Wenn vorstehende Bekanntmachung von allen Ortsverwaltungen gewissenhaft befolgt wird, sind Anfragen betreffend die Quartalsabrechnung kaum notwendig.

Sollte eine Zahlstelle versehentlich die Abrechnungsformulare nicht erhalten haben, so ist dieses sofort bei der Geschäftsstelle zu melden.

Verbreitung von Flugdrucken.

Der heutigen Zeitungsnummer liegen zwei Flugblätter bei. Eines derselben ist vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften herausgegeben und behandelt die durch die Reichstagswahl für die deutsche Arbeiterchaft geschaffene Situation.

Das andere in Broschürenform, ist vom Vorstande unseres Verbandes herausgegeben und schildert die durch die Tarifbewegung für die Kollegen erzielten Erfolge.

Die Zahl der beigelegten Exemplare ist so groß, daß jedes Verbandsmitglied in den Besitz derselben kommen muß.

Die Kollegen werden jedoch ersucht, die Flugblätter, sobald sie dieselben gelesen haben, an unorganisierte Kollegen weiter zu geben.

Nachbestellungen können auf beide Flugdrucken erfolgen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Ablauf des Monats ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andererseits fällt die Bemerkung vor dem Bezug der Zeitung ist fernzulegen von Schreinerz nach Berlin, Kiel, Bremen, Reichelt D. Schlegel (Kug. Hebel), von Stellmachern nach Köln (Schirmer), von Tapezierern nach Berlin, Holzarbeitern aller Branchen nach Jüngerhals D. Sch., Schneidern nach Berlin, von Bäckermeistern nach Hamburg (Hals).

Die Einigungsvereinbarungen im Berliner Holzgewerbe sind gescheitert. Auf Veranlassung des Arbeitgeber-Bewerksamerikens sind die Parteien am Dienstag den 12. März unter dem Vorsitz des Regimentsrats von Schulz zusammen, um über die Bedingungen zu verhandeln, mit welchen die Arbeit von den Ausgesperrten und Streikenden wieder aufgenommen werden sollte. Der sozialdem. Holzarbeiterverband war außer durch eine Anzahl seiner Berliner Beamten, durch den Sekretär Beder und seinen 1. Vorsitzenden Klopß vertreten. Auf eine Anfrage, die Klopß an den Obermeister Rehardt richtete, erklärte letzterer die obligatorische Bezahlung des Arbeitsnachweises, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit seien für die Arbeitgeber nicht diskutabel. In diesen beiden

Punkten könnten den Arbeitern keine Zugeständnisse gemacht werden. Die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Prozent sei durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt, jedoch würden die Arbeitgeber an der Lohnfrage die Verhandlung nicht scheitern lassen, sie seien auch bereit, für ein schnelleres Arbeiten der Schlichtungskommission zu sorgen, auch über die Regelung der Montagegelber ließe sich reden. Hinsichtlich eines für Berlin abzuschließenden Vertrages präzisierter Herr Rehardt nochmals den Standpunkt der Arbeitgeber: Bei Abschluß eines dreijährigen Vertrages solle eine Abschlagszahlung gewährt werden, von 24 Mark im ersten, 25,50 Mark im zweiten, 27 Mark im dritten Jahre.

Daß die Vertreter des sozialdem. Verbandes sich mit den Vorschlägen Rehardts nicht zufrieden geben konnten, war vorauszusehen. Der Sekretär Beder erklärte deshalb auch, daß es den Arbeitgebern nicht gelingen werde, ihnen den Vertrag aufzuzwingen. Die Arbeitgeber waren dagegen anderer Meinung und belächelten nach dem „Vorwärts“ die Ausführungen des sozialdem. Verbandsvertreters Klopß, der erklärte, daß man den Arbeitern nicht zumuten könne, die Arbeit wieder aufzunehmen ohne etwas erreicht zu haben. Wesentlich anderer Ansicht als sein Kollege Klopß schien der Verbandsvertreter Maack zu sein, der ausführte, daß von Siegern und Besiegten nicht die Rede sein könne. Sie seien bereit, schon morgen unter den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, aber einen Vertrag, der die alten Verhältnisse auf Jahre hinaus festlegte, wollten sie nicht.

Da die Arbeitgeber strikte auf ihrem Standpunkte beharrten, erklärte Klopß:

Unter diesen Bedingungen können wir keinen Vertrag abschließen. Wir können nicht vor unsere Mitglieder hintreten und ihnen die Annahme eines Vertrages ohne Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen. Das würden unsere Mitglieder unter keinen Umständen annehmen. Ich bedaure sehr, daß wir unseren Mitgliedern nicht zu einer Vereinbarung raten können, aber daß wir es nicht können, das ist nicht unsere Schuld. Die Arbeitgeber haben uns diese Möglichkeit genommen. Ich halte es nach dem heutigen Ergebnis der Verhandlungen nicht für notwendig, daß wir, wie Herr von Schulz anregt, nochmal zusammenkommen. Nach meiner Meinung sind die Verhandlungen gescheitert.

Der Vorsitzende Herr von Schulz wollte nun die Ausführungen Klopß so aufgefaßt haben, als daß die Verhandlungen nur vertagt werden sollten. Doch Klopß erklärte nochmals bestimmt:

„Wir müssen es anders auffassen“. Wir können auf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht verzichten. Wenn wir jetzt auseinandergehen, so sind die Verhandlungen gescheitert. Ich bedaure es lebhaft, daß wir nicht zum Friedensschluß gekommen sind, aber über die Frage der Arbeitszeitverkürzung kommen wir nicht hinweg. Mit den hier gebotenen Bedingungen können wir nicht vor unsere Mitglieder hintreten.

Die dreitägigen Verhandlungen endeten dann damit, daß Obermeister Rehardt, scharfe Töne anschlug und den Vertretern des sozialdem. Holzarbeiterverbandes folgendes mit auf den Weg gab:

„Wir haben trotz unserer Segnerchaft bisher in geschäftlichen Formen miteinander verkehrt. Jetzt muß Ihnen klar sein, daß sich unser Verhalten nicht mehr an die Grenzen freundlicher oder auch nur geschäftlicher Verhältnisse bindet. Wandern Sie sich nicht, wenn wir jetzt andere Kampfmittel anwenden.“

Wenngleich auch die Arbeitgeber mit der Aussperrung in einer Reihe von Großstädten drohen, kann man doch noch im Zweifel sein, ob der Rehardt'sche „Wink mit dem Zaunpfahl“ seinen vermeintlichen Zweck erfüllt. Ueber die Tatsache dürfte sich keiner hinwegtäuschen, daß erstens die Berliner Aussperrung im Abbröckeln begriffen ist, was ja die kleiner gewordene Zahl der Ausgesperrten beweist und zweitens die Arbeitgeber ohne Zweifel auch damit rechnen, daß die bald beginnende Saison wieder geregelte Verhältnisse und ihnen somit auch einen Gewinn bringt.

Tarifabschluss im Essener Tapezierergewerbe. Die Lohnbewegung der Tapezierer in Essen ist durch Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages zwischen dem Arbeitgeberverbande für die Möbel- und Dekorationsbranche und den Tapeziererorganisationen soweit beendet, daß lauten die getroffenen Vereinbarungen wie folgt:

Lohnsätze.

vereinbart zwischen der Essener Vereinigung der Arbeitgeber der Möbel- und Dekorationsbranche, vertreten durch den Vorstand des Arbeitgeberverbandes von Rheinland und Westfalen und den bei den Mitgliedern der Vereinigung beschäftigten Tapezierer, Polsterer, Dekorierer und Einleumelern, vertreten durch die Vertreter und Lohnkommissionsmitgliedern der freien und christlichen Gewerkschaft.

1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Dieselbe beginnt in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober um 7 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends, in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai um 8 Uhr morgens und um 7 Uhr abends. An den Tagen vor den drei hohen Feiertagen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll je eine Stunde früher Feierabend gemacht, jedoch der Tagelohn darum nicht gekürzt werden. Ergibt sich die Notwendigkeit, während dieser letzten Stunde doch zu arbeiten, so ist diese Stunde zum vollen, normalen Stundenlohn besonders zu vergüten, so daß in diesem Falle 10 Stunden zu bezahlen sind.

2. Pausen. Die Mittagspause ist von 12 bis 1/2 Uhr, Frühstücks- und Pausenpause je 1/4 Stunde zu machen. Nach zwei Ueberstunden tritt, wenn weiter gearbeitet wird, ebenfalls eine Pause von 20 Minuten ein mit voller Bezahlung.

3. Löhne. Der Mindestlohn soll in dreijähriger Staffelung auf 38, 39 und 40 Pfg. festgelegt werden. Der Lohn nach dem ersten Gehältsjahre soll in gleicher Staffelung 40, 42 und 45 Pfg. betragen. Alle übrigen Gehältsjahre erhalten auf die heutigen Löhne im ersten Jahre 2 Pfg., im zweiten Jahre 4 Pfg., im dritten Jahre 6 Pfg. Zuschlag, also jährlich eine Aufbesserung von 2 Pfg. pro Stunde.

4. Ueberstunden. Für Ueberstunden bis 9 Uhr abends werden 25 Prozent Zuschlag zugebilligt, spätere Ueberstunden sowie Sonntagsarbeiten, werden wie bisher, mit 75 Prozent Zuschlag bezahlt.

5. Landarbeit. Fahrgehalt ist für 3. Klasse zu zahlen und Speise nach Uebereinkunft zu vergüten. Fällt Fahrt- und Wartezeit in die Ueberstunden, so sind die Stunden ohne Zuschlag zu zahlen.

6. Lohnzahlung. Dieselbe erfolgt am Wochenlohn. Der Lohn muß am Schluß der Arbeitszeit in den Händen des Gehilfen sein.

7. Affordarbeit. Für bestehende Affordarbeit, wenn deren Befestigung nicht möglich, der entsprechende Mindestlohn zu garantieren.

8. Kost- und Logiszwang ist abzuschaffen.

9. Werkstätten. Die Werkstätte wird täglich geöffnet und einmal wöchentlich nach gereinigt. Für Waschgelegenheit sorgt der Arbeitgeber. Das Polstermaterial wird geputzt in die Werkstätte geliefert. In Werkstätten mit 1 oder 2 Gehilfen sind jedoch Ausnahmen zulässig.

10. Maßregelungen. Wegen Beteiligung an der Lohnbewegung dürfen Arbeitnehmer nicht entlassen werden.

11. Schlichtung von Lohn Differenzen. Zur Schlichtung von Lohn Differenzen soll von den vertragschließenden Parteien eine Schlichtungskommission gebildet werden, welche eine Beilegung der Differenzen versuchen hat.

12. Vertragsdauer. Dieser Tarif hat Geltung auf 3 Jahre und zwar vom 1. April 1907 bis 31. März 1910. Wird von keiner Seite drei Monate vorher, also am 1. Januar 1910 gekündigt, gilt er auf ein weiteres Jahr verlängert. Der Tarif hängt sichtbar in der Werkstätte aus. Ein Exemplar ist beim Essener Gewerbegericht hinterlegen.

Mitglieder der in Abs. 11 bezeichneten Schlichtungskommission sind die Herren C. Wember, B. Goldhagen (Arbeitgeber), Rob. Klein, G. Edelhoff (Arbeitnehmer). Köln, den 18. März 1907.

Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes der Möbel- und Dekorationsgeschäfte von Rheinland und Westfalen:

gez.: Frz. Carl Hüftken, Vorsitzender.

gez.: Dr. W. Oster, Schriftführer.

Die Lohnkommission für den Verband der Tapezierer:

gez.: Robert Klein, C. Wier.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Sektion der

Tapezierer:

gez.: Chr. Schick, Herm. Högemeier, Heinr. Edelhoff

Wenn nun auch der vorliegende Vertrag den Wünschen der Essener Kollegen nicht ganz entspricht, so bedeutet derselbe doch nach verschiedenen Seiten hin einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Unter den obwaltenden Umständen war nicht viel mehr zu erreichen. Die Gründe hierfür wollen wir vorläufig nicht erörtern. Das ein jedoch sei bemerkt, daß diesmal unsere Sektion der Tapezierer, welche in gleicher Stärke wie der sozialdemokratische Verband in Essen in Frage kommt, ordnungsgemäß bei Abschließung des Vertrages beteiligt ist, während vor zwei Jahren unsere Kollegen durch Machinationen des sozialdemokratischen Verbandes von der Vertragsschließung ausgeschlossen worden sind. Auch diesmal schien man diesen Plan vorzubeden, doch wurde derselbe durch das energische Verhalten unserer Kollegen in der Lohnkommission vereitelt.

Unsere Kollegen werden aus dieser Bewegung die richtige Lehre ziehen und dafür sorgen, daß auch die Tapezierer allerorts, soweit sie auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, unserer Organisation zugeführt werden. Nur dadurch kann und wird die Zukunft uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen. Also frisch auf zu neuer Agitations- und Werberbeit innerhalb des Tapeziererberufes.

Lohnbewegung in Barmen. In Barmen stehen unsere Kollegen unmittelbar vor dem Ausstand resp. bereits im Kampf, wenn diese Nummer unserer Zeitung erscheint. Es gilt, den Neunstundentag zu erringen, den unsere Schwesterstadt Elberfeld seit 2 Jahren festhält. Lange hat es gedauert, bis in die Bewegung eingetreten werden konnte. Jetzt aber hat sich die übergroße Mehrzahl der Kollegen in der Bau- und Möbelbranche organisiert und so war die erste Voraussetzung für ein glückliches Gelingen der Bewegung erfüllt.

Auf Einladung des sozialdem. Holzarbeiter-Verbandes traten die drei Organisationen am Ort zusammen, um ein taktisches Zusammenwirken zu veranlassen. Die einheitlich auf mittlerer Basis aufgestellten Forderungen gingen nach Genehmigung durch die General-Versammlungen und einer großen Versammlung von etwa 350 Meistern Barmens einzeln zu, mit stätiger Frist zur Beantwortung. Darauf trat der Arbeitgeber-Schutzverband in Aktion, der seine Geneigtheit zum Verhandeln, resp. zum Abschluß eines 3jährigen Vertrages bekundete. Die Verhandlung fand am 13. cr. statt, führte aber zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber lehnten es grundsätzlich ab, den Neunstundentag zu bewilligen, selbst nicht nach Ablauf des Vertrages. Ihr äußerstes Angebot war: 9 1/2 Stunden ab 1. Juli 1907. 2 Pfg. Lohnerhöhung ab 1. Juli 1908, 1 Pfg. Lohnerhöhung ab 1. Juli 1909. Dabei besteht schon in vielen Betrieben die 57-58 Stunden-Woche, also Verkürzung der Arbeitszeit im Allgemeinen sollte nicht eintreten. Auf dieser Basis einen 3jährigen Vertrag abzuschließen, wäre Selbstmord gewesen, und die Verhandlungen scheiterten.

Eine 2 Tage später einberufene äußerst stark besuchte Holzarbeiter-Versammlung (etwa 600 Kollegen) beschloß einstimmig, an den gestellten Forderungen festzuhalten

und alles weitere der Lohnkommission zu überlassen, eb- jedoch, falls die Arbeitgeber nicht schnellstens zu weiteren Verhandlungen bereit sein würden, am Montag den 18. cr. den Streik zu beginnen.

Dieses ist nun mittlerweile eingetreten, etwa 100 Kollegen ohne Kündigung haben die Arbeit niedergelegt, andere werden in den nächsten Tagen folgen. Es ist jetzt selbstverständlich, daß unsere Kollegen von may und fern das Wuppertal strikte meiden, denn wir werden zweifellos einen sehr harten Kampf auszufechten haben. Eine rückständigere Art von Meistern, die in ihrer größten Mehrzahl nur 1/2-1 Gesellen beschäftigen, gibt es kaum. Man meint, noch in der seeligen Zeit der Zünfte zu leben und ist deshalb jede Regung unter den Gesellen zwecks Verbesserung ihrer Lage in ihren Augen eine halbe Revolution. Offenlich sehen auch unsere Meister bald ein, daß es besser ist, wenn Meister und Gesellen auf Grund eines zeitgemäßen Vertrages friedlich am Ausbau des Gewerbes arbeiten können. Unsererseits ist kein Mittel unversucht geblieben, um friedlich zum Ziele zu gelangen. Die Meister wollen aber nicht, folglich nehmen wir den Kampf auf und zwar kampfesfreudig, in der sichern Voraussicht, daß uns gute Disziplin und gefüllte Kassen den Sieg gewährleisten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Beverungen a. d. Weser. Auch hier in Beverungen könnten die Holzarbeiter unter besseren Verhältnissen leben, hätten dieselben die im Februar 1905 von unserer Verbands gegründete Zahlstelle hochgehalten. Daß dies leider nicht der Fall blieb, lag teils in der Verwaltung, zum größten Teil aber an den Kollegen selbst. Es wurden zu „frü“ Sachen in unsere Organisation hineingetragen, mit denen sich eine als kräftig zu bezeichnende Zahlstelle befassen kann, aber nicht eine Zahlstelle, die eben im Aufblühen begriffen ist, wie Beverungen damals. Doch ihr Bewegung Holzarbeiter, wieder aufgewacht, von neuem mit frischem Mut ans Werk. Auch Ihr Kollegen, die Ihr denkt, Ihr hättet die Organisation nicht nötig. Im Interesse Eurer gebürdeten Mitarbeiter, müßt Ihr mitarbeiten an der Hebung unserer wirtschaftlichen Lage. Wie steht es unter uns Bewegung Holzarbeitern aus? Sind die Verhältnisse wirklich so rosig, daß Ihr es nicht nötig habt, Euch zusammen zu schließen? Sind die Alfordlöhne noch nicht die schlechtesten, so beträgt doch der Tagelohn bei Maschinen- und Schiffsarbeitern 2 Mk. bis 2,25 Mk. und für gelehrte Handwerker 2,50 Mk. bei zehntägiger Arbeitszeit. Wie steht es aus bezgl. der Gesundheitszustände? Denkt zurück an die vielen Krankheits- und Sterbefälle. Sie führen nur zurück auf die Mißstände, welche hier in den Betrieben herrschen. In einem hiesigen Betriebe, wo rund 100 Mann beschäftigt sind, da können die Arbeiter den Durst mit dem Wasser stillen, mit welchem der Kessel zur Maschine getränkt wird. Seht Kollegen, solche Mißstände gibt es noch sehr viele, die unbedingt beseitigt werden müssen, wenn Euch Eure Gesundheit erhalten bleiben soll. Kollegen, habt Ihr nicht mitgearbeitet an dem Aufschwung der Industrie und der fortschreitenden Kultur? Euch preißt man mit dem Wenigen ab, während das, was Ihr mit Eurem Schweiß geschafft, in die Taschen des Unternehmertums fließt. Die liebevollen Briefe, die von Seiten der Fachabteilung der Arbeitgebern zugehen, helfen Euch nicht. Einer Gewerkschaftsbewegung, die der heutigen Zeit entspricht, müßt Ihr Euch anschließen. Das ist die christliche Gewerkschaftsbewegung. Für Euch Bewegung Holzarbeiter, der christliche Holzarbeiterverband. Diesen schließt Euch an und haltet fest. Er wird sein Ziel nie verfehlen. Vor allen aber denkt daran: „Wer nicht faßt, der soll auch nicht ernten. An die organisierten Kollegen richten wir die Mahnung, fester als bisher zur Organisation zu halten und sich so zu schulen, daß sie der nach Beverungen immer mehr vorwärtigen Fachabteilung Rede und Antwort stehen können. „Denke stets es wird gelingen — zweifle nicht zu viel, höre nimmer auf zu ringen und der Kampf wird — Spiel.“

Lünen. Zu der außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Febr., welche ziemlich gut besucht war, waren als Referenten Bezirksvorsitzender Kollege Schopohl-Dortmund und Kollege Protogers-Wenede erschienen. Zweck dieser Versammlung war die Vereinigung der Zahlstellen zu einer Verwaltungsstelle. Kollege Schopohl führte die Wichtigkeit und den Zweck dieser Vereinigung an, welches eine Erleichterung für die Zentrale sei. Somit würden die ganzen Arbeiten für den Bezirk von Dortmund aus geleitet. Dieser Bezirk umfaßt sämtliche Zahlstellen der Umgegend. Der Hauptzweck sei natürlich die Regelung der Lohn- und Arbeitsfrage, damit nicht, wie es jetzt sei, zwischen Dortmund und Lünen auf eine Entfernung von ungefähr 2 1/2 Stunden ein Unterschied von 10 Pfg. Stundenlohn und 1 1/2 Stunde Arbeitszeit existiere. Diese Arbeiten können aber nicht ausgeführt werden bei einem niedrigen Beitrag; denn wo kein Geld in den Kassen ist, kann auch nichts geleistet werden. Darum wurde der Antrag gestellt, den Beitrag beliebig zu erhöhen, entweder auf 5 oder 10 Pfg. die Woche. Nach einiger Diskussion wurde über den Antrag abgestimmt und mit einer Stimmenmehrheit 10 Pfg. beschlossen, so daß der Beitrag von 50 Pfg. auf 60 Pfg. die Woche erhöht wird, mit dem Inkrafttreten vom 1. März. Dagegen wurde uns von Dortmund aus versprochen, nach Möglichkeit den Tarifvertrag weiter auszudehnen. Auf einmal kann dieses jedoch nicht geschehen. Notwendig ist vor allem ein einiges Zusammenhalten der Kollegen und eine kräftige Agitation für den Verband. Besonders ist dieses hier in der Nähe des Münsterlandes notwendig, wo die Industrie ganz gewaltig aufblüht. Hoffen wir, daß durch die durchgeführte Zentralisation es umso leichter ist, einheitliche Verhältnisse für unseren Beruf in engeren Bezirke zu erreichen. Ein jeder Kollege aber ist zur Anwartschaft berufen.

Glebe. Unsere Zahlstelle hatte für Sonntag den 3. März eine öffentliche Versammlung einberufen, welche trotz dreimaliger großer Anzeiger in hiesiger Lokalzeitung von noch nicht 50 Personen besucht war. Man konnte hier wieder so recht die Launigkeit und Interessenlosigkeit seitens der Kollegen selbst und überhaupt der ganzen Arbeiterschaft sehen. Die Versammlung wurde vom Vorstehenden Kollege Rentrop eröffnet. Als Referent war der Kollege Arbeitersekretär Wlamer, welcher krankheitshalber verhindert war, Kollege Koven aus Grefeld erschienen. Letzterer verteilte sich in einständiger Rede über das Thema: „Die Stellung der christl. Gewerkschaften im öffentlichen Leben“. Zunächst betonte er die Gegensätze und Endziele der freien Gewerkschaften gegenüber der christl.-nationalen Arbeiterschaft. Den Vorwurf der Arbeiterzerstückelung wies er mit Entschiedenheit zurück und brachte den Beweis, daß schon in den 60er Jahren zwei Gewerkschaftsvereinigungen, das S.-D. und die sozialdemokratischen, darauf erlärte Redner die Bestrebungen der christl. Arbeiter-

bewegung, wie sie sich auch bei der letzten Reichstagswahl gezeigt hätten, indem eine ganze Reihe von ihren Vertretern gewählt wurden. Redner hob dann die Notwendigkeit der Erweiterung des Koalitionsrechts hervor, ferner die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und vor allem die Schaffung von Arbeiterkammern. Zum Schluß wies er noch auf das große Wachstum der christl. Arbeiterbewegung hin, forderte die Mitglieder auf, eifrig in die Agitation einzutreten und sprach die Hoffnung aus, daß auch diejenigen Kreise, die noch mit Mißtrauen der christl.-nationalen Arbeiterbewegung gegenüberstünden, dieselbe als eine Kulturbewegung schätzen lernen, die berufen sei, an großen Fragen mitzuarbeiten.

Ashaffenburg. Daß die Vertretung der Standesinteressen auch für die hiesigen Holzarbeiter in gemeinsamer Arbeit liegt, haben schon vor einigen Jahren eine Anzahl der Kollegen eingesehen. Die Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Kampferchar heute im Kampf ums Dasein das einzige Mittel ist, bessere Lebensbedingungen zu schaffen, sollte doch bald aber auch den uns noch Fernstehenden einleuchten. Wieviel ist hier zu beseitigen? Wir erinnern nur an die Lohnverhältnisse. Wie steht es damit? Entsprechen sie den Anforderungen, die an die Kollegenschaft gestellt werden? Keineswegs. Bergegenwärtigen wir die örtlichen Lebensmittel und Mietpreise, so finden wir, daß die Löhne in keinem Verhältnis zu diesen stehen. Löhne von pro Stunde 25 Pfg. sind hier noch anzutreffen und bei solchen Kollegen, die bereits 2 Jahre hinter der Bezahlzeit stehen. Wie ist es möglich, daß ein solcher Kollege sich standesgemäß ernähren kann? Das Kost- und Logiswesen, das hier teils noch üblich ist, bietet ebenfalls Anlaß zu Beschwerden. Ein Blick in die Zimmer der Gesellen besagt genug. Auch die Arbeitszeit könnte wohl eine Reduzierung ertragen. Noch vieles andere dürfte einer Revision unterzogen werden, wenn geordnete Arbeitsverhältnisse geschaffen werden sollen. Kollegen! Ringsum haben wir Feinde, auf unsere eigene Kraft müssen wir uns stützen. Also niemand hilft uns das Los zu bessern. Sollen wir da blindlings zusehen? Organisieren wir uns, damit andere Verhältnisse kommen. Besuchen wir die so lehrreich wie möglich gemachten Versammlungen, um frische geistige Nahrung zu schöpfen. Seien wir opferwillig und knausern nicht an jedem Pfennig. Denken wir stets daran, daß jeder Groschen für den Verband ein Spargroschen ist, der gute Zinsen trägt.

Bremen. „Die Schädigung der gewerkschaftlichen Arbeit durch die Sozialdemokratie“, lautete das Thema, über welches unser Sekretär Kollege Böhm am Sonntag den 9. März referierte. Der Redner wies an der Hand eines gebiegenden Materials nach, daß die bekannten Rufe unserer Gegner roter Coteur, „Arbeiterzerstückeler“, nirgendwo besser am Plage seien, als bei den sozial. Gewerkschaften. Der Redner legte klar, daß die „freien“ Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie von der gewerkschaftlichen Arbeit abgehalten würden und daß überhaupt jeder Parteieinfluss auf die Gewerkschaften schädlich sei. Leider war die Zahl der Anwesenden nicht dem Vortrag entsprechend. Kollegen! wo soll das hin? Es ist jetzt doch noch nicht Zeit für die Bremer sich auf die Härenhaut zu legen. Deshalb sei bei ähnlichen Veranstaltungen ein jeder zur Stelle. Wissen ist Macht und die Veranstaltungen sind der Ort, sich diese Macht anzueignen.

Borbeck. Ueber das Thema: „Warum suchen wir unsere Arbeitszeit zu verkürzen“ referierte in unserer am 2. März stattgefundenen Versammlung Kollege Baltrusch-Altenessen. Die Ausführungen begründeten die Arbeitszeitverkürzungen hauptsächlich mit der intensiveren Arbeitsleistung, welche heute im Zeitalter der Maschinen vom Arbeiter gefordert würde; des ferneren damit, daß es im Interesse der Gesundheit, der weiteren Fortbildung in geistiger als auch in beruflicher Hinsicht und einer besseren Fürsorge für die Familie liege die Arbeitszeit einzuschränken. Nach diesem Vortrag kam der Hauptpunkt des Abends, nämlich Einführung eines Lokalbeitrages zur Verhandlung. Unsere Zahlstelle war nämlich durch den Anschluß an Essen gehalten, am 1. April einen Lokalbeitrag in Höhe von 10 Pfg. einzuführen. Ueber diesen Punkt setzte eine sehr scharfe Diskussion ein und ist es auch wohl verständlich, wenn einige Kollegen sich gegen den Lokalbeitrag aussprachen. Da unsere Zahlstelle seit drei Jahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und bis jetzt noch keinen Erfolg für die Kollegen gebracht hat, so ist der Opfermuth der Mitglieder um so mehr hervorzuheben als sie den Lokalbeitrag schon vom 1. März an eingeführt haben. Die Schwierigkeiten in unserer Zahlstelle liegen wie überall an den indifferenten Kollegen, welche immer noch nicht einsehen können, daß sie bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit und Stundenlöhnen von 48-55 Pfg., wie sie im benachbarten Essen bestehen, besser fahren als bei 11stündiger Arbeitszeit, Kost beim Meister und Wochenlöhnen von 8-12 Mk. Möchten doch auch diese Kollegen endlich beherzigen, daß das Heil des Arbeiters nur im festen Zusammenschluß in christlichen Berufsorganisationen zu suchen und zu finden ist.

Eilshausen. Obwohl die Ausdehnungsfähigkeit unserer Zahlstelle eine geringe ist, kann es doch nichts schaden, wenn auch wir mal etwas von uns hören lassen. Wir können nur konstatieren, daß der Zusammenhalt der Kollegen ein guter ist, und falls unser örtliches Agitationsgebiet ein größeres wäre, die Kollegen alle ihren Mann stellen würden. Das Verhältnis mit den hier beschäftigten, „frei“-organisierten Kollegen ist ein leidlich gutes. Früher war dieses durch die Kampfweise des sozialdem. Holzarbeiterverbandes allerdings anders. Doch die günstige Entwicklung unseres Verbandes im Minden-Ravensberger- und Lipper-Lande zeigt ja, daß alle Hindernisse überwunden werden können. So hoffen wir, daß im Laufe dieses Jahres den bereits bestehenden Zahlstellen sich noch manch neue zugesellen werden.

Bürsten- und Pinselmacher.

Schlehtman. In allen Orten des hinteren Wiesentals wird in letzter Zeit eifrig gearbeitet in der Agitation und der Errichtung von Zahlstellen oder, wo dieses nicht möglich ist, werden Vertrauensmänner aufgestellt mit dem Anschluß an Schönau oder Tobtau. Unser eifriger Bezirksleiter Kollege Bacher ruht nicht eher bis in das letzte Dorf des Schwarzwalbes die Ideale der Organisation gedrungen sind. So hatte er am Sonntag den 10. März in 3 Orten Versammlungen. Vormittags in Todtau, dem höchstgelegenen Dorfe des Schwarzwalbes, nachmittags in Ugenfeld und abends in Schlehtman. Wer die Verhältnisse des Schwarzwalbes kennt zur Winterzeit, der wird anerkennen müssen, daß es eine Leistung war, alles an einem Tage zu machen, wenn man bedenkt, daß es den ganzen Tag in die Schneemassen geregnet hat, daß es fast unmöglich war fortzukommen, ohne bis an die Knie zu versinken. Da ist es wahrlich kein Wunder wenn manchmal Leben und Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird. Dies alles hindert unseren Kollegen Bacher nicht, Begeisterung für die Organisation in die Herzen zu pflanzen, denn wo er sich zeigt, hat er die Arbeiterschaft für die gute Sache gewonnen. So war es auch hier. Nachdem er uns die Ziele und die Notwendigkeit der Organisation, sowie die Entwicklung der Großbetriebe und des Kapitals mit der Unterdrückung des Kleingewerbes vor Augen

geführt, ließen sich eine beträchtliche Anzahl in den Verband aufnehmen und ist nun eine Vertrauensstelle errichtet mit dem Anschluß an Tobtau, da der größte Teil auch dort beschäftigt ist. Jetzt liegt es nun an den Kollegen, das Gehörte zu behalten und nicht eher zu ruhen bis die ganze Arbeiterschaft in Schlehtman organisiert ist und wir dann vereint mit den Todtauern Kollegen auch einmal bessere Verhältnisse erringen können. Darum keine Mühe und Opfer gescheut. Ohne Kampf keinen Sieg.

Krankenkasse.

Bekanntmachung:

Denjenigen Mitgliedern, deren Mitgliedsbücher vollgeklebt sind, ist ein neues Buch auszustellen. Am Kopfe des Titelblattes sind die Worte: „Zweites Buch“ mit starker Tinte einzutragen. Im übrigen sind die auf der Titelseite enthaltenen Eintragungen gewissenhaft zu übertragen. Die in dem neuen zweiten Buche enthaltene Stammrollennummer ist maßgebend. In der Mitgliederliste: Schema 2 durchstreiche man mit einem sauberen Querstrich die alte Nummer, so daß dieselbe noch leserlich bleibt und schreibe die Nummer des neuen Buches senkrecht daneben. Das vollgeklebte Buch behält das Mitglied in Händen. Das zweite Buch ist mit 25 Pfg. zu bezahlen (§ 4 des Statuts.) Mitglieder, welche aus einer anderen Kasse ordnungsmäßig zu der unsrigen übertreten, werden von den Kosten der ärztlichen Untersuchung und dem Eintrittsgeld befreit. (Auf der letzten Generalversammlung beschlossener Nachsatz zu § 2.)

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal 1907 werden den Verwaltungsstellen mit der nächsten Zeitungsendung zugehen. Mit den Vorarbeiten ist sofort zu beginnen.

Gewerkschaftliches.

Die westdeutschen Zahlstellen unseres Verbandes seien darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag den 24. März, nachmittags 2 Uhr, im evangelischen Vereinshaus zu Essen eine Konferenz der in den christlichen Gewerkschaften organisierten evangelischen Kollegen stattfindet. Die äußerst wichtige Tagesordnung, auf der auch u. a. „das Verhältnis der Arbeitervereine zu den christl. Gewerkschaften und die Ermöglichung einer intensiveren Agitation für unsere Bewegung unter den evangelischen Arbeitern“ steht, macht das Erscheinen zahlreicher Delegierter notwendig. Trotzdem den einzelnen Zahlstellen vom Komitee der Veranstaltung die Druckfachen bereits zugestellt sind, sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Neben den Delegierten hat auch jeder evangelische, christliche Gewerkschaftler Zutritt.

Arbeitsjubiläum. Auf eine dreißigjährige Tätigkeit können die Kollegen Anton Hode und Josef Gentschel in der Möbelfabrik der Vereinigten Tischlermeister in Reize zurückblicken. Weiden wurde aus diesem Anlaß das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Auch wir stellen uns zu den Gratulanten umso lieber ein, als die beiden Kollegen zur „alten Garde“ unseres Verbandes gehören und stets bestrebt waren, ohne nach rechts und links zu schauen, die Interessen der Kollegenschaft zu vertreten. Die Wirksamkeit der Kollegen wird dadurch noch treffend illustriert, daß sie neben der eifrigen Teilnahme am Verbandsleben, auch im kath. Arbeiterverein ihren Mann stellten. Kollege Hode ist schon seit langen Jahren dessen Vorsitzender und Kollege Gentschel Vertrauensmann.

Ein Hirsch-Dunder'scher „Sieg“. „Ein Königreich für einen Sieg“ mögen schon oft die großen Geister der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine gedacht haben, wenn sie wie ein Stückchen Elend, stets von Niederlage zu Niederlage schreiten. Die Gewerbegerichtswahlen brachten ihnen stets einen elendlichen Hereinfall; die Stadtverordnetenwahlen, an denen sie sich beteiligten, waren ihnen ein Spiegel, der altersschwache Mummelreife mit kurtosen Gedanken wiedergab, und die letztlich getätigte Reichstagswahl bot abermals ein Bild von alldem, dem Hammer Hirsch-Dunder'scher Gewerbevereinstatt. Endlich haben die Götter ein Einsehen gehabt. Zu Breslau war's, wo sie es zuließen, daß den Hirschen ein Erfolg ganz eigener Art zuteil wurde.

Hier sollte die Gewerbegerichtswahl nunmehr auch nach dem Proporzsystem vorgenommen werden. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen, christliche, sozialdemokratische und Hirsch-Dunder'sche reichten ihre Vorschlagslisten ein und — o Wunder — die Hirsch-Dunder'schen Kandidaten wurden sofort nach Schluß der Einreichungstermines für gewählt erklärt. Es hatte sich herausgestellt, daß auf den Vorschlagslisten der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften ein geringfügiger Schreibfehler vorhanden war, der aber genügte, um die Vorschlagslisten für ungültig zu stempeln. So blieb die Hirsch-Dunder'sche Liste als einzig gültige, und waren die vorgeschlagenen Kandidaten, 51 an der Zahl, ohne weiteres gewählt.

Darob großer Jubel im Lager der Hirsche. Doch es fiel bald ein Vermutstropfen in ihren schäumenden Pokal der Freude. Nur zu bald erkannten sie, daß das Gros der von ihnen zu stellenden Gewerbegerichtsbeisitzer nicht entfernt den Anforderungen entsprach, die an ein solches Amt gestellt werden. Sie traten mit den anderen Arbeiterorganisationen in Verbindung und versprachen ihnen, eine Anzahl ihrer „gewählten“ Gewerbegerichtsbeisitzer zur Ablehnung des Postens zu bewegen und ihre Plätze dann den übrigen Organisationen zu überlassen. Doch der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter veranlaßten durch ihre allzu große Offenheit, daß die Hirsch-Dunderianer die gemachte Zusage zurückzogen und trotz und alledem das Gewerbegericht ganz in ihren Händen halten wollen. Allerdings schon wars ja

vom „Vorwärts“ nicht, den „braven“ Hirchen so ohne weiteres Unfähigkeit vorzuwerfen.

Nachdem aber letztere ihre Gesinnung dieserhalb revidierten, stimmt die sozialdemokratische Presse das bekannte Lied vom „Verrat“ an. Nach ihren Angaben haben die Hirsch-Dunder-Leute selbst zugegeben, daß der größte Teil der auf ihrer Liste Stehenden, nur Statisten seien, also Leute, die von Gott und der Welt keine Ahnung haben.

Der „Vorwärts“ wettet deshalb von neuem los: „Die freien Gewerkschaften werden selbstverständlich die nun folgende Reorganisation des Gewerbegerichts aufs peinlichste kontrollieren und dafür sorgen, daß die Unfähigkeit der Charlatane aus dem Gewerbevereinslager aller Welt offenbar wird.“

Wie wir hören, hat das Gewerkschaftskartell Breslau an den Bezirksausschuß ein Gesuch gerichtet, die Wahlen aufs neue auszuschreiben, damit die, die am Gewerbegericht ihr Recht zu suchen gezwungen sind, nicht Nullen ausgeliefert werden. Wie wir ferner erfahren, würde selbst der Magistrat gern sehen, wenn das Gesuch Erfolg hätte, denn ihm ist nur zu wohl bekannt, daß unter den 51 Beisitzern der Hirsch-Dunder-Liste keine sechs sind, die auch nur entfernt den Anforderungen gewachsen sind.“

Das ist anscheinend starker Tabak, der aber in Wirklichkeit nichts zu bedeuten. Der „Sieg von Breslau“ hebt mit einem Schläge all die Niederlagen der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften auf und läßt ihre Herrlichkeit in benagelichter Beleuchtung erstrahlen. In Breslau liegt, wie die Gewerbegerichtsamml beweist, die Zukunft für weitere Hirsch-Dunder'sche Erfolge. Darum auf ins gelobte Land. Spitzhubentaktiker werden allerdings nicht herein gelassen, da die Gefahr besteht, daß ihre Einwanderung die Einschleppung des Bazillus „reformus spiritus“ zur Folge haben kann.

Rechenchaftsbericht des bayrischen Eisenbahnerverbandes. Der dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossene „bayrische Eisenbahnerverband“ hat im Jahre 1906 wie aus dem in Nr. 10 des Verbandsorgans veröffentlichten Rechenchaftsberichte hervorgeht, wiederum erfreuliche Fortschritte gemacht. Während bei Beginn des Jahres 1900 Mitglieder vorhanden waren, stieg ihre Zahl am Jahreschluß auf 23311. Das Verbandsorgan, „Der Eisenbahner“ hat eine Auflage von 2100 Exemplaren. An Einnahmen waren im Berichtsjahre 57.425,37 Mark zu verzeichnen, während die Ausgaben eine Höhe von 55.227,25 Mark erreichten. Berücksichtigt muß hierbei werden, daß die Beiträge für die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, welche gesondert geführt werden, nicht eingerechnet sind. — An Erfolgen für das Eisenbahnerpersonal war das Berichtsjahr ebenfalls reich. Das vom Landtage zur Verbesserung der Löhne allein 2.600.000 Mark mehr angeworfen wurden, dürfte in erster Linie der Tätigkeit des Verbandes zu verdanken sein. — In der Bekämpfung des Verbandes trotz seiner gegenwärtigen Tätigkeit hat es von Seiten der in den Betriebsverhältnissen hausenden „Genossen“ ebenfalls nicht gefehlt. — Die Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften, so führt der Bericht aus, sind nach wie vor die besten. Obwohl der Verband als solcher schon dem Gesamtverbande beigetreten ist, haben sich noch manche Ortsvereine auch den Christlichen angeschloßen, darunter befinden sich auch solche, die sich fast ausschließlich aus heimischen Personal zusammensetzen. In München, Landshut, Regensburg und Straubing usw. beteiligten sich viele von unseren Mitgliedern an den von den Gewerkschaften erzielten „Lohnrückstellungen“. Durch das „Zentralblatt“, das die Verbandsfunktionäre begleiten, wird das Interesse an der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung wesentlich gefördert und die Tätigkeit mit ihr anreicht erhalten.

Der Deutsche Werkmeister-Verband (Sty. Düsseldorf), dessen Generalversammlung Herrn in Mainz stattfand, zählte Ende 1906 45.000 Mitglieder und 5000 Waisen, die in 865 Betriebsvereinen vereinigt sind. In den Jahren 1905 und 1906 erhielten die Mitglieder rund 240.000 Mark, die Waisen 370.000 Mark Unterstützung. Außerdem wurden an die Hinterbliebenen 1.170.000 Mark Sterbegelder gezahlt. Seit 1884, der Gründung des Verbandes, kamen insgesamt 10.800.000 Mark Sterbe- und Unterstützungsgelder zur Auszahlung. Trotzdem wurde noch ein Vermögen von 8 Millionen zur Deckung künftiger Verpflichtungen gesammelt. Als ein gegenwärtiger Beweis seiner Wohlfahrtsrichtungen erwies sich der Brandversicherungsverein, dem heute 800 Mitglieder angehören. Über 15.000 Mark sind bereits, trotzdem der Bericht erst vor 2 Jahren gerichtet wurde, an die von Brandschäden getroffenen Mitglieder gezahlt. Von der Stellenvermittlung des Verbandes wurden in der gleichen Zeit rund 16.000 offene Stellen zur Kenntnis der hilfsbedürftigen Mitglieder gebracht. In sozial-politischer Beziehung trat der Verband in Gemeinschaft mit anderen Verbänden für eine Befreiung seiner Mitglieder ein, wobei er die Unterstützung fast aller Parteien des Reichstages gefunden hat. Jetzt sammelt man in den Mitgliedertreffen eifrig für einen Jubiläumsfonds anlässlich der 25jährigen Jubelfeier Herrn 1909, der besonders für die Unterstützung der bedürftigsten Mitglieder und Waisen Verwendung finden soll. Von der Tätigkeit der Werkmeister in ihrer Organisation lernten auch die Arbeiter.

Soziale Rundschau.

Ansetzung zur Förderung der Arbeiterinnenvereine. Zu Beginn dieses Monats tagte in Berlin eine von verschiedenen Organisationen, so der Arbeiterinnenvereinsvereine des Bundes deutscher Frauenvereine, dem Bureau für Sozialpolitik des Reichsausschusses der katholischen Vereine

erwerbstätiger Frauen und Mädchen, der Gesellschaft für soziale Reform, den Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereinen und der Zentralkasse für Arbeiterinnen-Organisation, einberufene Konferenz, mit der Aufgabe, zu beraten, wie eine zweckmäßige Förderung der Arbeiterinneninteressen gewährleistet werden könne. Den ersten und wichtigsten Teil der Verhandlungen bildeten die „demnächstigen praktischen Forderungen zur Hebung der Lohnlage und Lebenshaltung der Arbeiterinnen“. Von der Staatshilfe werden verlangt: Kürzung der Arbeitszeit, zunächst der Achtstundentag; Erweiterung des Schwangeren- und Wöchnerinnen-schutzes mit entsprechend ausgedehnter Kranken-kassenunterstützung; Schutz der Arbeiterinnen in Hausindustrie und Heimarbeit. Daneben wurde von allen Seiten die hohe Bedeutung der Selbsthilfe betont und zu deren Durchführung die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation der Arbeiterinnen empfohlen. Als Vorbedingung hierfür fordert die Konferenz vom Staate die Gewährung und Sicherung der Koalitionsfreiheit und zur Förderung der Selbsthilfe die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages. Weiter erblickte man das Hauptübel des gegenwärtigen ungünstigen Zustandes in der Tatsache, daß die Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als Frau auf Grund allgemeiner geringerer Leistungen viel niedriger entlohnt wird als der Mann. Um hierin eine Besserung herbeizuführen, soll den Mädchen, ganz unabhängig davon, ob sie vorübergehend oder dauernd beruflich tätig sind, eine den Anforderungen des Berufslebens entsprechende, der männlichen gleichwertige Vorbildung gewährt werden. Demgemäß wird von Staat und Gemeinde die Einführung des allgemeinen Pflicht-Fortbildungsunterrichts auch für das weibliche Geschlecht gefordert; ebenso soll nach der Auffassung der Versammlung der hauswirtschaftliche Unterricht unabhängig davon, ob das Mädchen später Hausfrau und Mutter wird oder nicht, zur allgemeinen Pflicht gemacht werden, damit die Arbeiterin in jeder Lebenslage ihren Lohn in wirtschaftlicher Weise anzuwenden im Stande sei.

Aus dem von der ersten Referentin Fräulein Dr. Alice Salomon der Versammlung unterbreiteten statistischen Material sei hervorgehoben, daß unter 5000 Bewerberinnen beim Berliner Zentralarbeitsnachweis ein Durchschnittswochenlohn von 11 Mark, daß in Karlsruhe ein solcher von 10,02 Mark und in Oberschlesien ein solcher von etwas über 6 Mark ermittelt wurde. Daß eine durchgreifende Hebung der Arbeiterinnenlöhne berechtigt ist, dürfte hiernach von keiner überhaupt in Betracht kommenden Seite ernsthaft bestritten werden und die oben wiedergegebenen Forderungen bezüglich der Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind ebenso maßvoll wie wohlüberdacht. Hoffentlich finden diese Bestrebungen bei den Regierungen und Volksvertretungen gebührende Beachtung. Es handelt sich um die Zukunft unseres Volkes.

Aus dem gewerblichen Leben.

Aus der Vielesfelder Nähmaschinenindustrie. Im Aufsichtsrat der Vielesfelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp & Co. A.-G. herrschen Uneinigigkeiten. Das Aktiengesetz schreibt, so berichtet die „Köln. Volksztg.“, vor, daß der erste Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft nur bis zu der Hauptversammlung, welche nach Ablauf des ersten Jahres über die Bilanz Beschluß zu fassen hat, fungiert. Später kann er auf die Dauer von fünf Bilanzjahren, einschließlich des Bilanzjahres gewählt werden. Danach ist die längste Zeitdauer, während welcher ein Mitglied des Aufsichtsrates im Amte sein kann, gesetzlich festgelegt, nicht aber die Mindestdauer, für welche es gewählt werden kann. In allen deutschen Aktiengesellschaften hat sich nun die Gewohnheit herausgebildet, daß die Mitglieder des Aufsichtsrates jedesmal auf eine Reihe von Jahren gewählt werden und in der Regel scheidet von Zeit zu Zeit nur ein Teil der Mitglieder

aus, damit beim Eintritt neuer Mitglieder durch den verbleibenden Bestand an alten die Geschäftsführung nicht leidet. Auf der demnächst stattfindenden Generalversammlung soll nur ein Antrag zur Beratung gelangen, der darauf hinzielt, den Aufsichtsrat nur für je ein Jahr zu wählen. Gegen diesen Antrag wendet sich nun in einer Reihe von Blättern der ehemalige Direktor des Werkes Kaselow'sky recht berber Weise. Er vermutet, daß der Antrag von Generaldirektor und Großaktionär Dürkopp ausgeht. Wahrscheinlich ist es letzterem darum zu tun, den Aufsichtsrat seiner Person gefügig zu machen. Herr Kaselow'sky will, daß der Aufsichtsrat der Gesellschaft über dem Direktor stehen und nicht umgekehrt. Er bittet die Aktionäre, die Hauptversammlung möglichst zahlreich zu besuchen, beziehungsweise ihm ihre kostenlose Vertretung zu überlassen. — Der Aufsichtsrat der Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei, A.-G., vorm. S. Koch & Co. schlägt für das Jahr 1906, bei verstärkten Abschreibungen und größerem Gewinnvortrag, die Verteilung von 10% Dividende (im Vorjahr 304.036 Mk.). Die Abschreibungen erfordern 125.401 Mk. (103.683 Mk.). Jedenfalls können die Aktionäre mit dem erzielten Jahresverdienst zufrieden sein. Ob auch die Arbeiter?

Aus Arbeitgebertreisen.

Der Arbeitgeber-Schutzverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen macht bekannt, daß man in der letzten Sitzung des Vorstandes beschlossen habe, dem vom Verein Deutscher Arbeitgeberverbände ins Leben gerufenen Gesellschaft zur Versicherung zur Streik-Einsparung endgültig beizutreten. Außerdem wurde in dieser Sitzung die Anstellung des Schreinermeisters Fobbe in Göl als Reise-Sekretär ab 15. März beschlossen. Die Arbeitgeber kommen demnach von dem früheren Standpunkt ab, daß es nur bezahlte Helfer seien, die Unfrieden in der Arbeiterschaft säeten. Mit dem Erstarken der Arbeitgeberverbände stehen auch sie vor der Notwendigkeit, daß die Erledigung der Geschäfte von eigens dazu freigestellten und besoldeten Personen geschehen muß.

Briefkasten.

Anfrage. Welcher Kollege kann den Titel eines praktischen Wanderbuchs angeben, das Auskunft über Sehenwürdigkeiten der Städte, über Entfernungen und alles sonstige Wissenswertes gibt? Antwort wird an die Redaktion erbeten.

Fachblatt. Empfehlungswert ist „Der süddeutsche Bau- und Möbelschreiner“, Verlag von E. Heilborn, Stuttgart. Auch „Der deutsche Tischlermeister“, Berlin, bemüht sich nur sachlich Gute zu bieten. — Kalkulationen sind durchgängig in den Fachblättern wenig enthalten. Anleitung hierzu geben jedoch verschiedene Bücher wie „Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Bau- und Möbelschreiners“ (Verlag E. S. Moritz, Stuttgart) u. a.

Mehrere Berichte mußten wiederum für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Hinweis.

Der großartige Erfolg der technischen Selbstunterrichtswerke des Systems Karnad-Hachfeld (Verlag von Bonnek & Hachfeld in Potsdam) hat es im Laufe der Jahre bewirkt, daß dies System in allen Ländern deutscher Zunge die größte Verbreitung gefunden hat. Mit Stolz kann die deutsche technische Wissenschaft auf diesen Triumph gewaltigen Großes dieser technischen Werte blicken. Ueber gründlicher theoretischer Wissenschaft vereinigt sich in den Werken erprobte praktische Erfahrung, so daß alle diejenigen Angehörigen der technischen Berufe, welche die in leicht faßlicher Weise geschriebenen Werke mit ernstem Willen studieren, bald dazu befähigt werden, erfolgreiche Prüfungen als Baugewerksmeister, Polierer, Tiefbautechniker, Maurermeister, Zimmermeister, Steinmetzmeister, Stukkateur, Bautechniker, Bauzeichner u. a. zu bestehen und gute Lebensstellungen erhalten werden. — Ein Prospekt der Verlagsfirma Bonnek & Hachfeld, Potsdam, ist der vorliegenden Ausgabe dieser Zeitung beigegeben.

Das Reich
Abbildung: nationale Berliner Zeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postämtern vierteljährlich 2,55 Mk., monatlich 85 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 72 Pfg., monatlich 24 Pfg. mehr. „Das Reich“ ist daher die billigste täglich zweimal erscheinende, nationale Zeitung der Reichshauptstadt. Eigener Verlagsdruck, eigene Spezialredaktion. Probe-Nummern versendet unentgeltlich die Redaktion: Berlin SW 61, Johanniterstr. 6.

„Neues Münchener Tagblatt“
Weit verbreitete katholische Tageszeitung in Bayern. Vertritt entschieden die Interessen der christlich-nationalen Arbeiter-Bewegung. Bezugspreis monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 1,95 mit Versicherung bei Todesfall und Ganz-Jubiläum, in Folge Unfalls mit 1000 Mk., Ehegatten mit 2000 Mk.

Mehrere tüchtige Bau- und Möbelschreiner sowie Glaser finden in Götting (Schweiz) sofortige Beschäftigung. Empfehlung: Arbeitsnachweis, Ref. „Söwenhof“ Götting (Schweiz).

Tischler-Fachschule, Leipzig
(Staatlich konzessionierte Lehranstalt.)
Werkmeister, Zeichner, Meister, sofortige Anstellung; erfolgreiche Lehrmethode. — Programm frei von Dir. G. Streich, Löbnigerstr. 15.

Einziger, Mijher und Pecher finden dauernde und gut lohnende Beschäftigung bei E. H. & Co., Färb- und Färbwarenfabrik Ludwigsfelde.

Einige tüchtige Porzellanjuristen für dauernde Arbeit gesucht. G. S. Fischer, Porselafabrik, Reusdorf a. S. (Rheinpfalz) Drechsler, welche auf Schirm- und Stodgriffe eingearbeitet sind, erhalten sofort dauernde Stellung bei hohem Lohn. Bedeutende Salzlith-Fabrik, Hilden b. Düsseldorf. Besondere Redaktion: Carl Jander, 64a, Bruch von Heinrichs-Str. 64a.

Bildhauer (Damenarbeiten) für Kirchenarbeit 9 stündige Arbeitszeit, hoher Lohn. Bildhauer, Göttingerstr. 63.